Die "ultralinke" Opposition

in der KPD der 20er Jahre

Hinter einem dogmatischen und sektiererischen Kampf innerhalb der Linken verstecken viele Schlappschwänze ihre Unfähigkeit und Angst, den wirklichen Feind anzugreifen!

Fortsetzung:

Es geht nicht darum, eine Kleinpartei oder Fraktion mit der besseren proletarischen Linie zu sein, sondern wichtig ist, daß man das System der Herrschaft von Menschen über Menschen abschafft.
An vielen Stellen muß angesetzt werden, um das System aus den Angeln zu heben. Eine Vereinheitlichung der vielen Ansätze, der Menschen und ihrer Ideen ist weder immer möglich noch sinnvoll. Wenn man nicht zusammen kämpft, so heißt das noch lange nicht, daß man gegeneinander kämpfen muß.
Nun, wie soll man es anders verstehen, wenn immer wieder Leute auftauchen, vom Drang der Vereinheitlichung beseelt, und ihre ganze oder hauptsächliche Aktivität der Bearbeitung von annähernd Gleichgesinnten widmen. Warum verschwenden gewisse Leute ihre Kraft nur innerhalb der Linken, statt nach außen hin wirksam zu werden?

Unter sich zu bleiben,
- Organisationsdebatten und Fraktionsdebatten zu führen,
- Partei-Interna, Buchhaltungen, Plattformen, Schulungsprogramme, 1ooo Gründungen, Abgrenzungen von Führung oder Fraktion,
- all das fällt diesen Leuten wohl leichter, als hier und jetzt zu handeln, den Feind konsequent anzugreifen!

In den Menschen, die sich so verhalten, spiegelt sich die übliche autoritäre Erziehung die jeder von uns genossen hat. Ihr Führungsanspruch, ihr Dogmatismus ist eine Folgeerscheinung ihrer Erziehung, von der sie sich trotz vordergründigem "Klassenbewußtsein" nicht emanzipieren konnten. Autoritäre Charaktere brauchen ein Dogma an dem sie sich festhalten können, sonst zerbricht ihre Welt. Ihr Dogma ist zu vergleichen mit dem Gewissen - der Moral - dem Überich - mit den gesamten Wertvorstellungen die der Betreffende nicht begreift, und darum auch nicht begreiflich machen kann.

Es ist wichtig zu sehen, wie sehr die Fehleinschätzung des Dogmatismus die Politik der Linken beeinflußt hat. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit müssen wir für die Gegenwart lernen.

Raubdruck (ca. 1970)
5.-
Z 44526

ZWISCHEN „LUXEMBURGISMUS“ UND „STALINISMUS“

Die „ultralinke“ Opposition in der KPD

In den ersten Jahren nach der Gründung des Sowjetstaates hatten die bolschewistischen Führer auf den baldigen Sieg der „proletarischen Revolution“ in Mittel- und Westeuropa gehofft[1]. Die Niederlagen der deutschen und bulgarischen kommunistischen Parteien im Jahre 1923 zeigten jedoch das Ende der revolutionären Periode in Europa nach dem ersten Weltkrieg an[2]; es folgten die ruhigeren Jahre bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise, von den Kommunisten als Periode der „relativen Stabilisierung des Kapitalismus“ bezeichnet. Die geänderte Situation bedingte eine Überprüfung der kommunistischen „Strategie“[3]. Gerade in dieser Zeit aber wurde die kommunistische Bewegung ihres wichtigsten Führers beraubt. Nach dem Tode Lenins erschütterten die Kämpfe um seine Nachfolge und um die

---

[1] Vgl. z. B. W. I. Lenin, Ausgew. Werke, Bd. II, S. 552; J. Stalin, Werke, Bd. VI, S. 246.

[2] Die hoffnungsvollen Worte G. Sinowjews im Oktober 1923: „Die proletarische Revolution pocht an Deutschlands Türe, was nur ein Blinder nicht sehen kann. ... Nach einiger Zeit wird es jedem klar werden, daß die Herbstmonate des Jahres 1923 nicht nur in der Geschichte Deutschlands, sondern ... in der Geschichte der ganzen Menschheit, einen Wendepunkt darstellen ...“ (Internat. Presse-Korrespondenz – zit. Inprekorr – 3, 1923, S. 1387) erwiesen sich als eine der vielen Fehlprognosen des ersten Komintern-Vorsitzenden.

[3] Vor allem Engels und Lenin hatten militärtheoretische Aspekte in den Marxismus und Leninismus eingefügt. Stalin definierte 1924: „Die Strategie ist die Festlegung der Richtung des Hauptschlags des Proletariats. ... Sie ändert sich mit dem Übergang der Revolution von einer Etappe zur anderen, bleibt jedoch während der ganzen Zeitdauer der gegebenen Etappe unverändert. ... Die Taktik ist die Festlegung der Linie des Handelns des Proletariats für die verhältnismäßig kurze Periode der Flut oder Ebbe der Bewegung ... Die Taktik ist ein Teil der Strategie, der ihr untergeordnet ist und ihr dient.“ (Werke, Bd. VI, S. 134–136).

nunmehr einzuschlagende Politik nicht nur die KPdSU, sondern in zunehmendem Maße die gesamte Kommunistische Internationale (Komintern). In allen ihren Sektionen vollzog sich dann seit 1924 der allmähliche Übergang zum „Stalinismus", begleitet von der sogenannten „Bolschewisierung" der Parteien, die mit ihrer vollständigen Unterordnung unter die Moskauer Zentrale endete[4]. Gleichzeitig änderte sich die Funktion der III. Internationale: aus einem Instrument der proletarischen Weltrevolution wurde sie in zunehmendem Maße zum Hilfsmittel der sowjetrussischen Außenpolitik[5].

In Deutschland, wo in der KPD zunächst der Einfluß Rosa Luxemburgs den Lenins und der Bolschewiki übertroffen hatte – wenngleich die Partei, wie schon der Gründungsparteitag zeigte, keineswegs „luxemburgistisch" war –, widersetzten sich Mitte der 20er Jahre einige „ultralinke"[6] Oppositionsgruppen der sogenannten „Bolschewisierung", die die „sozialdemokratischen Traditionen" in den kommunistischen Parteien ausrotten und die bolschewistischen Organisationsmethoden sowie die – „stalinistisch" interpretierte – leninistische Theorie an ihre Stelle setzen sollte. Dagegen unterstützte die „linke" Maslow-Fischer-Zentrale (April 1924 bis Oktober 1925) zunächst Stalins und Sinowjews Politik, die für die deutsche Sektion der Komintern nicht zuletzt den Kampf gegen den sogenannten „Luxemburgismus" zum Inhalt hatte. Nachdem auf der 1. KPD-Konferenz[7] Ende Oktober

---

[4] Vgl.: St Antony's Papers Nr. 9, London 1960, S. 23–71 (R. Lowenthal); Das Ende der Parteien 1933, hrsg. v. E. Matthias u. R. Morsey, Düsseldorf 1960, S. 660ff. (S. Bahne); C. Kabaktschieff, Die Entstehung und Entwicklung der Kommunist. Internationale, Hamburg-Berlin 1929, S. 155ff. Ulbricht erklärte damals (Inprekorr 5, 1925, S. 1091), „daß Bolschewisierung der KP auch bedeutet: Schaffung einer bolschewist. Arbeitsdisziplin, Arbeitszuteilung durch die zuständigen Parteileitungen an jedes Parteimitglied und strengste Kontrolle der Durchführung der Parteibeschlüsse". – Der Terminus „Stalinismus" stammt von der Linksopposition; seine Hauptkennzeichen: „Nationaler Sozialismus", Ersetzung der Diktatur der KPdSU durch die Diktatur Stalins und des ihm hörigen „Apparats" sowie völlige „Bolschewisierung" aller Kommunist. Parteien.

[5] Seitdem im Herbst 1924 (2. Aufl. von Stalins „Fragen des Leninismus") mit der Parole des „Aufbaus des Sozialismus in einem Lande" ein Ziel gesetzt worden war, das auch ohne die vorläufig gescheiterte Revolution in West- und Mitteleuropa erreichbar werden konnte, war es das Hauptbestreben sowohl der Kominterntaktik als auch der sowjetrussischen Außenpolitik, die Verwirklichung dieser Parole zu erleichtern.

[6] „Ultralinks" wurde seit ca. 1924 die von Lenin als „linker Radikalismus" verurteilte Politik genannt, das „Nichtbegreifen der Probleme der Massen und der taktischen Aufgaben, nämlich der Aufgabe der Einheitsfront und der wirklich intensiven opferwilligen Arbeit in den Gewerkschaften" (N. Bucharin in: Protokoll des 6. Plenums des EKKI, 17. 2.–15. 3. 1926, S. 231; vgl. Sinowjew und Scholem, ebd., S. 486 u. 75). In der Komintern bestand die Tendenz, die jeweiligen Gegner innerhalb des Kommunismus als „Rechte" oder „Ultralinke", die auch nur verkappte Rechte seien, zu diffamieren, die eigene Position aber als „links" und leninistisch zu bezeichnen.

[7] Manuilski sprach damals von einem „historischen Umschwung in der KPD" und der „Liquidierung der Überreste der KAPD-istischen Ideologie, die eine defaitistische Stimmung der am wenigsten aktiven Schichten des deutschen Proletariats zum Ausdruck brachte" (Inprekorr 6, 1926, S. 1413–17). Vgl. F. Borkenau, The Communist International, London 1938, S. 253ff., 271.

1925 eine neue Parteiführung mit Ernst Thälmann an der Spitze gewählt worden war, lehnten aber auch die „Linken" um Arkadij Maslow und Ruth Fischer den „neuen Kurs" ab[8].

Dieser Kurs wurde von der gesamten linken und „ultralinken" kommunistischen Opposition heftig bekämpft. Der 15. Parteitag der KPdSU (2.–19. 12. 1927), auf dem Trotzki, Sinowjew und Kamenew aus der Partei ausgeschlossen wurden, setzte den Schlußpunkt hinter diesen Abschnitt der Geschichte des Kommunismus. Im Laufe des Jahres 1928 wechselte die Komintern, im Zusammenhang mit der Kollektivierungs- und Industrialisierungskampagne in der Sowjetunion, zur „ultralinken" Politik hinüber, wobei sie viele Parolen und taktische Vorschläge der von ihr weiterhin scharf bekämpften linken Kritiker übernahm. Diese Schwenkung hatte zur Folge, daß nunmehr auch die bis dahin teilweise eng mit der – von der Linksopposition als „zentristisch"[9] bezeichneten – Stalin- und Thälmann-Führung verbunden gewesenen „Rechten" und „Versöhnler"[10] in die Opposition gedrängt wurden. Erst nachdem alle diese Gruppen besiegt oder aus der KPD entfernt worden waren, war diese zu einer „monolithischen" Partei „neuen Typs" und zu einem willfährigen Werkzeug der „stalinistischen" Führung geworden. Vorher hatte sie aber einen nicht geringen Teil ihrer Aktivität darauf verwenden müssen, die gefährliche Opposition von links zu überwinden. Diese bisher wenig erforschte Periode der KPD-Geschichte stellt so einen wichtigen Abschnitt in der Entwicklung des deutschen Kommunismus von seinen „luxemburgistischen" Anfängen zum „funktionalen Leninismus" und zum „Stalinismus" dar[11].

In den ersten Jahren nach ihrer Gründung hatte die KPD ein relativ großes Maß an Selbständigkeit besessen. 1923 versuchte Karl Radek, die KPD und die polnische KP zur Unterstützung der Position Trotzkis in Moskau heranzuziehen; daraufhin wandten sich Sinowjew und Stalin endgültig gegen den damaligen „rechten" KPD-Vorsitzenden Heinrich Brandler und dessen Gruppe (zu der auch Wilhelm Pieck gehörte). Im April 1924 übernahm, gegen den Wunsch der Moskauer Zentrale, statt einer „Koalition" der Mittel- und Linksgruppe die mit dem

---

[8] Über die „Linksopposition" der Ruth Fischer-Maslow-Urbahns-Gruppe und ihre Haltung gegenüber den „Ultralinken" soll demnächst an anderer Stelle berichtet werden.

[9] L. D. Trotzki (Was nun? Berlin 1932, S. 70, 74f.) definierte den „Zentrismus" so: „Formal und beschreibend ausgedrückt sind Zentrismus alle jene Strömungen im Proletariat und an dessen Peripherie, die sich zwischen Reformismus und Marxismus ausbreiten . . ." Dagegen: Stalin, Werke, Bd. X, S. 49 f.

[10] In der KPD-Zentrale spielten allerdings weniger die Anhänger Brandlers, sondern die – später so genannten – „Versöhnler" wie E. Meyer, A. Ewert und G. Eisler eine große Rolle.

[11] Die bislang ausführlichste Information über die KPD-Opposition bis 1927 in: R. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, Frankfurt 1950. Vgl. den Bericht über den Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund) v. 30. 12. 1918–1. 1. 1919. o. O. (1919); Die Gründung der KPD, Protokoll der wissenschaftl. Tagung . . . am 22.–23. 1. 1959, Berlin 1959; Zs. f. Geschichtswiss. (ZfG) 2, 1954, S. 3–36 (M. Kölling), 701–758 (A. Schreiner), 6 (1958), Sondernr. S. 51 f. (W. Ulbricht), 84–109 (H. Kolbe); O. K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Offenbach 1948, S. 125 ff.

Komintern-Vorsitzenden G. E. Sinowjew sympathisierende „Linke" unter Führung Maslows und Ruth Fischers allein die Leitung der Partei[12]. Im Frühjahr 1925 bildete sich jedoch aus bisherigen Mitgliedern der Maslow-Fischer-Gruppe eine – nach offiziellem Sprachgebrauch – „ultralinke" Opposition, die von Werner Scholem, dem ehemaligen Organisationsleiter in der KPD-Zentrale (nach den Worten Sinowjews bis dahin „der einflußreichste Mann in der Partei, im Orbüro[13] der Diktator"), Iwan Katz, dem ehem. Leiter der Kommunalabteilung, und Arthur Rosenberg geführt wurde. Sie war der Meinung, daß die „Führer-Karikatur der Ruth-Fischer-Gruppe" (Rosenberg) in die „alten Fehler" der Brandler- und Ernst-Meyer-Zentrale zurückgefallen sei; Maslows Volksblocktheorie nannten sie eine „rechte Abweichung". Außerdem wollten sie die zunehmende Einflußnahme „Moskaus" auf die KPD und die auf dem 5. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI)[14] verkündete Parole von der „relativen Stabilisierung des Kapitalismus" bekämpfen. In ihrer Resolution vom 3. Mai 1925 kritisierten sie die Mängel der KPD, ihre „bürokratische Schablone" und das Fehlen der – neben dem „revolutionären Schwung" – für eine KP unerläßlichen „amerikanischen Sachlichkeit"; die schwierige Situation könne nur durch eine „wirklich bolschewistische ... Arbeit" überwunden werden, aber nicht durch einen „Zickzackkurs, der die Partei verwirrt und zwischen wirklich ultralinken Abweichungen ... und reinem Opportunismus" hin und her schwanke. Scholem griff die kommunistischen Führer an, die zu glauben schienen, „daß die preußische Armee vor dem Kriege ungefähr das verkörperte Ideal einer leninistischen Partei sei". Die notwendige Zentralisierung der Führung müsse mit einer „Dezentralisierung der Durchführung unserer politischen Aufgaben" verbunden werden[15]. Auf dem 10. Parteitag in Berlin (12.–17. 7. 1925) bekämpfte Ruth Fischer, von Ernst Thälmann, Ernst Schneller und Hermann Remmele unterstützt, ihre früheren Bundesgenossen sehr scharf. Man warf ihnen Inkonsequenz, mangelndes Verständnis für die bolschewistische Taktik und falschen Radikalismus vor. Besonders schwerwiegend war

---

[12] E. H. Carr, The Interregnum 1923–1924, London 1954, S. 234f., 242; R. Fischer in: Bericht über die Verhandlgg. des 10. Parteitages der KPD (12.–17. 7. 1925), Berlin 1926, S. 751: „Eine Partei, die noch nicht bolschewistisch ist, muß bolschewisiert werden. ... Bolschewisierung heißt: daß wir uns ernsthaft und mit der ganzen Kraft auf die Grundlage des Leninismus stellen." Vgl.: I. Deutscher, The Prophet Unarmed. Trotsky: 1921–1929, Oxford UP 1959, S. 141–147; Bericht, 9. KPD-Parteitag (7.–10. 4. 1924), S. 24–40 (EKKI-Beschlüsse); Protokoll, 6. EKKI-Plenum, S. 667 (Sinowjew); O. Wenzel, Die KPD im Jahre 1923. Phil. Diss. (ungedr.) FU Berlin, 1955.

[13] Organisationsbüro.

[14] 21. 3.–6. 4. 1925.

[15] Die Internationale, Zs. f. Praxis u. Theorie des Marxismus-Leninismus 8 (1925), S. 694, 697 (Rosenberg), 695 (Resolution), Sonderheft S. 65 (Scholem); Der neue Kurs. Reden der Genossen Bucharin und Sinowjew, Berlin 1925, S. 37; vgl. Protokoll, 6. EKKI-Plenum. Zur „Amerikanisierung" vgl. Stalin, Werke, Bd. VI, S. 164ff.; L. Trotzki, Europa und Amerika, Berlin 1926, S. 49. – Rosenberg wandte sich scharf gegen die Übung, alle linken Gegner der Fischer-Gruppe als „Ultralinke" zu bezeichnen. Scholem und er distanzierten sich von der KAPD und den kommunistischen Syndikalisten Weyer und Schumacher.

der Vorwurf, die „Ultralinken" betrachteten den Bolschewismus als eine „bürgerliche Verirrung"[16]. Noch in ihrer Rede auf dem 6. EKKI-Plenum am 24. Februar 1926 griff Ruth Fischer die „Ultralinken" als die „Nachkommen der KAP vom Jahre 1921" heftig an[17].

Stalin, der sich bis dahin kaum mit internationalen Fragen beschäftigt hatte, wandte sich den Problemen des deutschen Kommunismus zu, noch ehe Sinowjew nach der Auflösung der sogenannten „Troika" (Sinowjew, Kamenew, Stalin) aus der Führung der Komintern ausgeschaltet wurde. Im Februar 1925 griff er mit dem Herzog-Interview und einem Brief an Maslow in die Politik der KPD ein. Als sich jedoch Maslow und Fischer seinem Wunsch versagten, ihn zu unterstützen und die „innerparteiliche Politik des ZK der KPD elastischer" zu gestalten, sorgten Stalin, Bucharin und – der Parteidisziplin folgend – Sinowjew dafür, daß sie im Herbst 1925 durch ein sogenanntes „leninistisches Zentralkomitee" (ZK) aus ehemaligen Angehörigen der Linksgruppe, Apparatfunktionären und gemäßigten Rechten mit dem „Ehrenproletarier" Thälmann an der Spitze abgelöst wurden[18]. Seitdem konnte von einer Selbständigkeit der KPD-Zentrale keine Rede mehr sein. Es dauerte allerdings noch einige Zeit, ehe die Thälmann-Gruppe ihre Stellung gegenüber den in die Opposition gedrängten „Linken" und „Ultralinken" endgültig als gesichert betrachten konnte.

Neben der vereinigten trotzkistisch-sinowjewistischen Linksopposition in der KPdSU darf die deutsche Opposition zu jener Zeit (1925–27) als die wichtigste in der Komintern bezeichnet werden, obgleich ihre zahlenmäßige Stärke auch nicht annähernd zuverlässig zu ermitteln ist[18a]. Aber diese Opposition war geschwächt, weil sie in eine Anzahl miteinander rivalisierender oder sich offen bekämpfender Gruppen zerfiel. Im März 1927 konnten zehn verschiedene kommunistische Gruppierungen in Deutschland verzeichnet werden: In die Führung der KPD teilten sich die Thälmann-Gruppe, die Gruppe der Parteibürokratie und die „versöhnlerische",

---

[16] Bericht 10. KPD-Parteitag, S. 381, vgl. 378–382, 412–414, 493 b, 516, 637–646 (Fischer), 384–388, 519–544, 634 (Thälmann), 337l–342, 398–406 (Schneller), 570 f. (Remmele), 391–398, 557–564 (Scholem), 545–550 (Rosenberg), 204–208 (Resolution); Inprekorr 5 (1925), S. 885–887 (J. Lenz); Die Internationale 8 (1925), Sondernr. S. 66–70 (Schneller). Ferner: A. Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt 1955, S. 449 f.; W. Z. Foster, History of the Three Internationals, New York 1955, S. 335 ff.

[17] Protokoll, 6. EKKI-Plenum, S. 163–180.

[18] Stalin, Werke, Bd. VII, S. 29–40, Bd. VIII, S. 98; Fischer, Stalin, S. 607, vgl. 550 ff., 545 ff.; F. Borkenau, Der europäische Kommunismus, Bern 1952, S. 53; Flechtheim, a. a. O., S. 132 f.; Der neue Kurs, S. 2: „Man muß der Partei eine solche Leitung schaffen, die imstande ist, zu begreifen, welche neue Situation wir haben." (Bucharin am 12. 8. 1925). – Thälmann hatte bis 1925 zur Maslow-Fischer-Gruppe gehört.

[18a] Pfemfert schrieb im Juni 1926 (Aktion 16, Sp. 148), „daß die KPD-Opposition nahezu die Hälfte der Partei darstellt"; das war sicher viel zu optimistisch. Wenn Stalin tatsächlich im Sommer 1927 die Zahl der deutschen Linksoppositionellen mit 12 000 (d. h. ca. 10% der KPD) angegeben hat (Die Fahne des Kommunismus I, 1927, S. 104), könnte man das als untere Grenze betrachten.

halbrechts stehende Gruppe um Ernst Meyer[19]. Zur „linken" und „ultralinken" Opposition gehörten folgende „Fraktionen"[20]: Die Gruppe um Maslow, Ruth Fischer und Hugo Urbahns, die Chemnitzer Opposition mit größerem Anhang im Bezirk Erzgebirge-Vogtland (Paul Bertz), die Pfälzer Gruppe (Hans Weber) und die mit Salutzkis Leningrader Opposition sympathisierende Weddinger Opposition in Berlin (Paul Kötter, Friedrich Engel, Max Riese — Max Kuss)[21], sowie die Gruppen um Karl Korsch und um Ernst Schwarz. Keine Rolle mehr spielte bereits zu dieser Zeit der „Spartakusbund Nr. 2" (Iwan Katz und Franz Pfemfert), während Scholem und Rosenberg sich von ihren bisherigen Verbündeten getrennt hatten[22]. In den Hintergrund gerückt war damals die „rechte" Brandler-Fraktion, deren Führer Heinrich Brandler und August Thalheimer sich in Moskau im Exil befanden; sie besaß indes noch großen Anhang unter den kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären – Jakob Walcher, Paul Böttcher, Paul Frölich, August Enderle und nicht zuletzt Clara Zetkin gehörten ihr an –, und sie stimmte in ihrer „luxemburgistischen" Grundhaltung weitgehend mit der Ernst Meyer-Gruppe überein[23].

Anders als die letzte offene Opposition in der KPD, die der „Rechten" von 1928 bis 1929, stellten die „Linken" und „Ultralinken" in den Jahren 1925/26 noch eine ernsthafte Gefahr für die neue „stalinistische" Parteiführung dar. Einige Bezirke, darunter Berlin-Brandenburg (der wichtigste KPD-Bezirk), standen 1925 zunächst stark unter oppositionellem Einfluß; im Herbst 1925 stimmten z. B. die Bezirks-

---

[19] Vgl. E. Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, 2. Aufl. Berlin 1956, S. 472, 337 f., 345, 342 (der Wert dieser begrüßenswerten Ausgabe wird durch die Unzuverlässigkeit des Textes herabgemindert; vgl. z. B. Bd. I, S. 233, 422 f., mit dem Protokoll des 7. EKKI-Plenums, S. 634, 734 f.!); Die Kommunistische Internationale (zit. KI) 7, 1 (1926), S. 282 (Bucharin); Stalin, Werke, Bd. VIII, S. 101; Protokoll, 6. EKKI-Plenum, S. 185, 187 (Rosenberg). – Neumann hatte sich im Frühjahr 1923 von den Linken getrennt, Th. Neubauer gehörte 1925/26 – wie P. Maslowski – zur Linksopposition (vgl. 6. EKKI-Plenum, S. 97).

[20] Der Begriff „Fraktion" bezeichnet in der marxist.-leninist. Terminologie eine Gruppe „mit dem Bestreben, sich bis zu einem gewissen Grade abzuschließen und eine eigene Gruppendisziplin zu schaffen" (Lenin, Ausgew. Werke, Bd. II, S. 801).

[21] Ihre Plattform in: Die Internationale 9 (1926), S. 723–729, 756–760; vgl. ferner: ebd., 10, S. 789–794 (irrtüml. Forts. d. Zählg. von Jg. 9!), S. 45–56, und Jg. 11, S. 83–86, 114–121; Protokoll, 6. EKKI-Plenum, S. 105–107, 587 f. (Engel), 199 ff. (Thälmann).

[22] Scholem, 1895–1940; 1913 SPD, 1917 USPD, 1920 KPD; Redakteur, 1921 MdL. (Preußen), 1924–28 MdR., seit 1933 im KZ. – Rosenberg, 1889–1943; Dr. phil. (Schüler von Ed. Meyer), 1914 Priv.-Doz., 1930 Prof. in Berlin; 1919–27 KPD, 1924–28 MdR., 1933 Emigration (England, USA). – Auf dem 6. EKKI-Plenum hat sich Rosenberg unerwartet (Mitteilung v. Erich Wollenberg) von Scholem getrennt und dann der Thälmann-Gruppe angeschlossen (vgl. Protokoll, 6. EKKI-Plenum, S. 181–187, 594 f.; The Communist International, Hrsg. J. Degras, Bd. II, Oxford UP 1960, S. 286). Bis zu seinem Austritt aus der KPD war er seitdem einer ihrer Hauptsprecher im Reichstag.

[23] Der „Vorwärts" vom 19. 5. 1927 (Jg. 44, Nr. 132) hatte diese zehn Fraktionen aufgezählt, von dort könnte Fischer (Stalin, S. 735 f.) sie übernommen haben. Vgl. Sinowjews Aufzählung in: Der neue Kurs, S. 35 f.; ferner H. Weber in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 1959, S. 407 f.; Flechtheim S. 134; Die Aktion 16 (1926), Sp. 51.

leitung und der Zentralvorstand des Bezirks Berlin gegen den EKKI-Brief, der die Absetzung der „linken" Parteiführung eingeleitet hat. Ernst Schneller wies damals darauf hin, daß die „Ultralinken" zeitweilig Mißtrauen gegen die Parteiführung hätten säen und die „Antibonzenstimmung" unter der Mitgliedschaft hätten ausnutzen können. Manche der „obersten Funktionäre" waren „angekränkelt von ultralinken Stimmungen", und die Mehrheit der Delegierten des im Mai 1925 tagenden Zentralausschusses der KPD hatte ebenfalls Sympathien für die Opposition[24]. Daß die oppositionellen Gruppen dennoch keine entscheidenden Erfolge bei ihrem Kampf zu erringen vermochten, ist einmal auf die wirtschaftliche und politische Stabilisierung in Deutschland zurückzuführen, die auch die kommunistischen Anhänger beeinflußte[25], vor allem aber auf die Zersplitterung jener Opposition und den grundsätzlichen Erfolg, den die „stalinistische" „Bolschewisierungs"-Aktion, trotz vieler Fehlschläge im einzelnen, aufweisen konnte.

Gleichzeitig kam es in der Sowjetunion zum Kampf zwischen der seit Anfang 1926 vereinigten trotzkistisch-sinowjewistischen Linksopposition und den mit ihr verbündeten radikaleren Oppositionsgruppen – den Resten der „Arbeiteropposition" unter Führung Schljapnikows und den „Dezisten" (demokratischen Zentralisten) unter Führung Sapronows – auf der einen und den „Stalinisten" auf der anderen Seite, und in den kommunistischen Parteien Polens, Frankreichs und Italiens fanden ebenfalls heftige Richtungs- und Führungskämpfe statt[26]. In der KPD müssen wir in den 20er Jahren, dem Zeitpunkt ihres Auftretens und ihren Forderungen nach, mehrere linke Oppositionsgruppen unterscheiden: Bereits seit der Gründung der KAPD im April 1920, die damals die im Herbst 1919 fast 107 000 Mitglieder zählende KPD fast halbiert hatte, standen die Anhänger der Arbeiterunionsidee und Gegner einer zentralistischen leninistischen Partei, des „revolutionären Parlamentarismus" und jeder gewerkschaftlichen Arbeit *außerhalb* der KP[27]. Erst nach der Niederlage im Herbst 1923 erlebten radikale, „ultralinke" Bestrebungen in der deutschen KP 1924/25 eine Renaissance. In der Mitte der 20er Jahre gab es neben der Linksopposition um Ruth Fischer, Urbahns und Maslow noch die verschiedenen „ultra-

---

[24] Inprekorr 5 (1925), S. 868 f. (Schneller); Protokoll, 6. EKKI-Plenum, S. 81 (Scholem), 58 (Sinowjew); Der neue Kurs, S. 86 (Thälmann).

[25] Vgl. A. Rosenberg, Entstehung und Geschichte, S. 449.

[26] Vgl. L. Schapiro, The Communist Party of the Soviet Union, New York 1960, S. 198 ff., 286 ff; M. K. Dziewanowski, The C.P. of Poland, Harvard UP 1959; G. Walter, Historie du P.C. Français, Paris 1948.

[27] Vgl. außer Lenins Radikalismus-Schrift u. a.: Flechtheim S. 60 f., 116 f.; Protokoll d. 3. Kongresses der Kommun. Internat., 22. 6.–12. 7. 1921, S. 618 ff., 944 f., 1052 ff. – Zur KAPD: B. Reichenbach, „Zur Geschichte der KAPD", Archiv f. d. Geschichte d. Sozialismus u. d. Arb.bew. 13 (1928), S. 117–140; Programm der KAPD, Berlin (1921); Proletarier, Zs. f. revolut. Klassenkampf, Berlin (bis 1927); An die Mitglieder der KAPD, Hamburg 1921. Im November 1921 war die AAU, die damals angeblich 10–12 000 Mitgl. zählte, aus der eben gegründeten Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) mit der Erklärung ausgetreten, „daß in Rußland schon keine Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur der Kapitalisten herrscht" (Die RGI 1, 1921, Nr. 10, S. 29 ff.). Die KAP sah in der Komintern eine „Organisation eines bürgerlichen Staates" (Proletarier, Jg. 1925, S. 211).

linken" Gruppen, deren Widerstand wesentlich mehr prinzipieller Art war; er ist am ehesten mit der Haltung der Arbeiteropposition und der „Dezisten" in der KPdSU zu vergleichen. Arthur Rosenberg hat die „Ultralinken" einmal die „konsequente Richtung innerhalb der Linken" genannt[28]. Mit den Zielen und dem Charakter der wichtigsten dieser Gruppen und ihrer Kritik an der nach ihrer Meinung unheilvollen Entwicklung des Kommunismus seit 1917 wollen wir uns hier näher beschäftigen.

1. Der „Spartakusbund Nr. 2" (Katz-Gruppe)

In Niedersachsen, vor allem in Hannover, entstand Anfang 1926 unter der Führung des – wie S. A. Losowski, der Sekretär der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI), ihn nannte – „Oberlinken" Iwan Katz[29] eine „Linke KPD", die vom März bis Dezember 1926 ein für ihre Mitglieder bestimmtes „Mitteilungsblatt" veröffentlichte, dessen Auflagenhöhe im März 1500, im April 3000 betrug. Katz und die anderen Führer dieser niedersächsischen „ultralinken" Opposition waren am 8. Januar 1926 als erste linke Oppositionsgruppe aus der KPD ausgeschlossen worden[30]. Diese Linksopposition (LO), die sich schon vor ihrem Ausschluß aus der KPD als eine relativ feste „Fraktion" konstituiert hatte (am 2. 4. 1926 fand bereits ihre 3. Reichskonferenz statt), trennte sich auf ihrem niedersächsischen Bezirksparteitag am 16. Mai 1926 von der bisher mit ihr verbündeten Gruppe um Karl Korsch und Ernst Schwarz. Auf dieser Zusammenkunft erklärte sich die Katz-Gruppe, die außerhalb Hannovers angeblich über fünfzehn Ortsgruppen verfügte, zur „Reichsopposition" mit eigenem Beitragseinzug[31]. Sie distanzierte sich besonders deutlich von der KPD und der Komintern und betrachtete es z. B. als „eine Ehre", antibolschewistisch genannt zu werden, solange es bolschewistisch sei, die „Interessen des internationalen Proletariats zugunsten des russischen Staats, d. h. der russischen kapitalistischen Bauernmehrheit" zurückzustellen und innerhalb der KP Parteidisziplin durch „Kadavergehorsam" zu ersetzen[32].

Am 28. Juni 1926 gründete die Katz-Gruppe gemeinsam mit zwei anderen linksradikalen Splitterorganisationen, die sich bereits einige Jahre früher von der KPD getrennt hatten – nämlich der „Allgemeinen Arbeiter-Union/Einheitsorganisation"

---

[28] A. Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus von Marx bis zur Gegenwart, Berlin 1932, S. 204.

[29] Katz, 1889–1956; Studium in Berlin und Hannover, nach 1920 Redakteur, KPD-Mitgl., 1921–24 preuß. MdL., 1924–28 MdR., 1924–25 Leiter der KPD-Kommunalabt., 1925 im EKKI-Präsidium, nach 1945 (bis ca. 1951) i. d. SED.

[30] Am nächsten Tag sollen sich ihnen angeblich 362 Funktionäre angeschlossen haben. Vgl. auch: Die Aktion 16 (1926), Sp. 16–19.

[31] Mitteilungsblatt für die Parteiarbeiter der KPD-Opposition (Linke KPD) des Bezirks Niedersachsen, hrsg. v. Iwan Katz. Hannover 1926. Nr. 5, 10, 33. – Am 5. 6. wurde der Übertritt von drei thür. Landtagsabg. zur LO gemeldet (ebd., Nr. 12).

[32] Mitteilungsblatt Nr. 2.

(AAUE) unter Führung des Herausgebers der Zeitschrift „Die Aktion", Franz Pfemfert[33], und dem „Industrieverband für das Verkehrsgewerbe" in Berlin –, den „Spartakusbund der linkskommunistischen Organisationen" (oder „Spartakusbund Nr. 2") als sogenanntes „Kampfkartell", nicht als Partei. Die neue Organisation, die Parteien und Gewerkschaften durch die Räteorganisation ersetzen wollte, sollte an die alte Spartakustradition, an Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und den Lenin aus der Zeit vor der Oktoberrevolution (nicht den „Staatsmann"!) anknüpfen. Zu der kleinen KAPD wurden zunächst freundliche Beziehungen aufgenommen, die aber nach der Ablehnung des politischen Führungsanspruchs der KAPD in erbitterte Feindschaft umschlugen. Bereits am 31. Oktober 1926 trat der „Industrieverband" wieder aus dem Kartell aus, weil er im Widerspruch zum Programm des Bundes an den Betriebsräten festhalten wollte. Daraufhin vereinigten sich auf dem „Spartakustag" in Göttingen Mitte November 1926 die „Linke KPD" und die „AAUE". Es zeigte sich jedoch bald, daß der neue Spartakusbund nicht lebenskräftig war und ohne politische Wirkung blieb. Nach seiner Auflösung hat dann die „AAUE" selbständig fortexistiert[34].

Als Hauptziel war bei der Gründung der niedersächsischen Linksopposition der Aufbau einer „selbständigen revolutionären Partei" zur Beseitigung des Kapitalismus und Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung mit Hilfe einer Rätediktatur genannt worden. Die Opposition sollte zur „Massenbewegung" werden und die KPD-Führer „verjagen". Als erster Schritt dazu sollten die „Zehntausende" von Anhängern der KPD-Opposition sowie der syndikalistisch-antiparlamentarischen Gruppe der KAPD, der dieser nahestehenden „Allgemeinen Arbeiter-Union" (AAU), ferner der „AAUE" unter Führung Pfemferts und Rühles und der roten gewerkschaftlichen Kampfverbände (Richtung Paul Weyer/Wilhelm Schumacher) in einer „revolutionären Einheitsfront" zusammengefaßt werden. Zu diesem Zweck war der Spartakusbund „wiedergegründet" worden in der Hoffnung, daß die KPD dann zwischen einem „mächtigen Bund der revolutionären Verbände und der starken reformistischen SPD" zerrieben werden würde, denn „dazwischen

---

[33] Pfemfert (1879–1954) bekämpfte seit 1920 die „Antibolschewisten-Liga im Moskauer Kreml" und versuchte die Ideen Bakunins mit dem Marxismus zu verbinden (vgl. Aktion 14, 1924, Sp. 108). – Eine andere linksradikale Gruppe, die anarcho-syndikalist. „Freie Arbeiter-Union Deutschlands" (FAUD) unter Führung Max Nettlaus und Rudolf Rockers, orientierte sich völlig an Bakunin und Kropotkin. Vgl.: Der kommunist. Aufbau des Syndikalismus . . . Das Rätesystem von unten auf! Berlin o. J.; Die Internationale (Zs. der FAUD).

[34] Mitteilungsblatt Nr. 16, 19, 33; Aktion 16, Sp. 115, 137–148, 197 ff., 241 ff., 273 ff. – Die AAUE vertrat einen „kommunist. Anarchismus", lehnte Parteien und Gewerkschaften als „vorrevolutionäre" Institutionen ab und wollte mit Hilfe von Betriebsorganisationen und Räten zur klassen- und herrschaftslosen Gesellschaft kommen. Die russ. Revolution war für sie „von Anfang an nur eine bürgerliche Revolution", die bolschewist. „Partei-Diktatur" ein „umgestülpter Zarismus". Vgl.: O. Rühle, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution, Dresden (1924); ders., Grundfragen der Organisation, Frankf./M. o. J.; R. Rockers und F. Pfemferts Vorworte zu: John Most, Für die Einheitsfront des revolut. Proletariats, Berlin 1921; R. Geist, Vom Manifest zum Gesetz, Frankfurt-Wien-New York o. J.

wird kein Platz sein“[35]. Das Programm des neuen Spartakusbundes forderte u. a. die Bildung einer „geschlossenen Front des klassenbewußten Proletariats auf dem Boden des Rätesystems aus den Betrieben heraus“ und lehnte jede „Bevormundung durch Führercliquen und Parteidiktatur“ ab. Es erkannte zwar die bolschewistische Revolution von 1917 „begeistert“ an, verwarf jedoch „die jetzige nationale und internationale Politik des russischen Staates und der Kommunistischen Internationale als eine bürgerlich-kapitalistische Politik“. Jegliche gewerkschaftliche Tätigkeit wurde als unvereinbar mit dem „Kampf Klasse gegen Klasse“ abgelehnt, weil jede Gewerkschaft notwendigerweise eine konterrevolutionäre Rolle spielen müsse. „Keinen Pfennig den Gewerkschaften und ihren Pfaffen!“ und „Heraus aus den Gewerkschaften!“ lauteten die Parolen des Bundes, der dazu aufforderte, stattdessen „revolutionäre Betriebs-Organisationen“ zu bilden[36]. Auch Lenins These vom revolutionären Parlamentarismus wurde verworfen, weil das Bürgertum nach dem Kriege so klassenbewußt geworden sei, daß es die „propagandistische Ausnutzbarkeit des Parlaments“ beseitigt habe. Jede Mitarbeit im Parlament lähme daher nur das proletarische Selbstbewußtsein[37].

Mit ihren Forderungen fühlten sich die Führer des Spartakusbundes Nr. 2 als Schüler Karl Liebknechts und besonders Rosa Luxemburgs, dieses „gefährlichen Feindes“ des „entarteten“ Kommunismus[38]. Im Gegensatz zur KAPD, die die Bildung einer neuen KP forderte[39], erstrebte der Bund – unter Berufung auf Liebknecht – zunächst nur eine *taktische Einheit* selbständiger Organisationen, die „in konsequenter Durchführung des Rätesystems auf dem steten Selbstbestim-

---

[35] Mitteilungsblatt Nr. 1, 7, 13; vgl. Jb. f. Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1925–1926, Hamburg 1926, S. 746 f., 760. Die KAP lehnte den „Spartakusbund“ ab (Proletarier, Jg. 1926; S. 149 ff.). – Die drei „Industrieverbände“ hatten zus. ca. 10 000 Mitgl.

[36] Mitteilungsblatt Nr. 16 (Programm), 30: „... Wer die Gewerkschaften unterstützt, hindert die Weltrevolution. Wer die Weltrevolution will, muß die Gewerkschaften zerstören.“ Vgl. G. Sinowjew, Die Weltpartei des Leninismus, Hamburg 1924, S. 138–154; Lenin, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus.

[37] Mitteilungsblatt Nr. 31: „Wer für den Parlamentarismus ist, ist gegen die Revolution. Wer die Revolution will, muß den Parlamentarismus bekämpfen.“ Vgl. dagegen Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXV, Wien-Berlin 1930, S. 698–705; K. Liebknecht, Reden und Aufsätze, Hamburg 1921, S. 340. Zwar war auf dem KPD-Gründungsparteitag mit 62:23 Stimmen die Nichtbeteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung beschlossen worden, jedoch gehörten Luxemburg, Liebknecht und Paul Levi zu den Gegnern dieses Beschlusses.

[38] Besonders Luxemburgs Haltung gegenüber den Gewerkschaften hat sie beeindruckt. Vgl. Bericht 1. KPD-Parteitag, S. 80, und Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. IV. Berlin 1928, S. 397: „Die Gewerkschaft darf nicht zum Selbstzwecke und dadurch zum Hemmschuh für die Bewegungsfreiheit der Arbeiter werden. ... Es ist das eine ganz mechanische, undialektische Auffassung, daß starke Organisationen dem Kampfe immer vorangehen müssen. Die Organisation wird umgekehrt selbst im Kampfe geboren, zusammen mit der Klassenaufklärung.“ (1905). Vgl. Geist a. a. O., S. VI, 89.

[39] Die KAP bekämpfte u. a. die „Führerkaste“ der Komintern, die als „Zutreiber der blutriefenden Sozialdemokratie und der Gewerkschaften entlarvt“ werden sollte (Proletarier, Jg. 1924, S. 3 ff., 17 ff., 45 ff.); sie kritisierte aber Luxemburg und Liebknecht mehr als Lenin (Proletarier, Jg. 1926, S. 67 f., 95 ff.).

mungsrecht jeder Betriebs- und Nachweisorganisation ... sich von unten nach oben ... aufbaut" und sowohl Anhängern Marx' und Lenins als auch Bakunins Platz bieten sollte. Eine Eroberung der „kapitalistischen KPD" von innen her wurde als illusionär abgelehnt. Seine Ziele wollte der neue „Spartakusbund" mit Hilfe der Dauerarbeitslosen erreichen, ohne zu bedenken, daß gerade diese Schicht zur zuverlässigen Unterstützung einer konsequenten Politik denkbar ungeeignet war[40].

Ein Teil der politischen Forderungen des Bundes, vor allem die heftige Kritik an der Entwicklung in der Sowjetunion und der KPdSU, war bereits 1924/25 von den damaligen Führern der „Ultralinken", Scholem, Rosenberg und Katz, sowie von Hans Weber und Heinrich Giwan vorgebracht worden[41]. Die Katz-Gruppe trieb diese Forderungen und die Kritik an der Komintern und der KPD bis zur äußersten Konsequenz vor. Sie beschuldigte bereits zu diesem frühen Zeitpunkt die Komintern-Führung, den Weg Lenins verlassen zu haben. Seit der Niederlage der KPD im Oktober 1923 sei der russische Staat gezwungen worden, sich innen- und außenpolitisch den kapitalistischen Mächten anzupassen. Der Glaube an die Weltrevolution sei in der Komintern erloschen, und Rußland sei inzwischen zum Verbündeten des internationalen Kapitalismus, zum letzten „Bollwerk der Bourgeoisie" geworden[42]. Denn in der Sowjetunion herrsche die kapitalistische Wirtschaft „mit den infamsten Ausbeutermethoden"; der „Bauernkönig" Stalin sei „genau der Repräsentant einer kapitalistischen Staatsmacht wie Poincaré, Hindenburg oder Pilsudski". Deshalb müsse das Proletariat auch gegenüber der Sowjetunion, deren „Führerclique" den Kapitalismus wieder eingeführt habe, die gleiche Haltung einnehmen wie gegenüber jedem anderen kapitalistischen Staat[43].

Bei dem Kampf innerhalb der KPdSU waren die Sympathien der Katz-Gruppe auf der Seite Sinowjews, der nach ihrer Ansicht die „Reste der proletarischen Diktatur" gegen Stalin, den Anführer der „kleinbürgerlichen Demokratie" und des „Eroberungsdranges des russischen Imperialismus", verteidigte. Dabei wurde Stalin mit Napoleon I. verglichen („Bauernnapoleon"). Unter seinem Druck – er brauche Anleihen von den kapitalistischen Ländern und verabscheue deshalb revolutionäre Umtriebe – verwandle sich die KPD in eine zweite SPD; sie sei daher

---

[40] Mitteilungsblatt Nr. 16, 19, 26, 33, vgl. 17: „Nur eines hilft: Die Moskauer Schmeißfliegen aus der Versammlung, aus dem Dorfe jagen. Werdet ihr dafür ausgeschlossen, um so besser. Fast alle Kommunisten sind schon außerhalb der KP ... die Millionenheere der Erwerbslosen stehen hinter uns." – Vgl. Liebknecht, a. a. O., S. 322–355; Bericht 1. KPD-Parteitag, Programm. Zur Luxemburg-Diskussion vgl. Bericht 9. KPD-Parteitag, S. 278, 10. KPD-Parteitag, S. 534, 665, sowie Der neue Kurs, a. a. O., S. 18, 24.

[41] Vgl. Bericht 9. KPD-Parteitag, S. 79, 85 (Sinowjew), 164f.; 10. KPD-Parteitag, S. 310–318 (Samuely-Manuilski), 571–579 (Weber), 586–591 (Giwan).

[42] Mitteilungsblatt Nr. 7, 13, 10.

[43] Mitteilungsblatt Nr. 25, 4, 28: „Tatsächlich sind die Bolschewiki die Sachwalter und ausführenden Organe der infolge Einführung des Kapitalismus auf unblutige Weise an die Herrschaft gelangten Klasse der Besitzenden. Als solche können sie, ob sie nun eine revolutionäre oder reaktionäre Vergangenheit haben, nur solchen Gesetzen die Wege ebnen, die aus der Wirtschaft zwangsläufig geboren werden."

jetzt ein „Feind des Proletariats". Insgeheim hätten sich seit der Verwandlung der Sowjetunion in eine „nationalkapitalistische Großmacht" die Komintern-Sektionen, die mit der französischen Fremdenlegion und den Kolonialtruppen zu vergleichen seien, in „Druckmittel" gegenüber den anderen kapitalistischen Regierungen verwandelt[44].

Zwar hatte Katz sich für die Unterstützung Sinowjews in der KPdSU mit der Parole (im Sinne eines Entweder-Oder) eingesetzt: „Mit oder gegen Stalin; mit oder gegen die Konterrevolution", und der „Spartakusbund" prophezeite auch im November 1926, der nächste Konflikt werde Bucharin an der Seite Sinowjews und Trotzkis sehen. Die deutschen Sinowjew-Anhänger, die sich um Maslow und Ruth Fischer gruppierten, wurden jedoch heftig von ihm bekämpft[45].

Nachdem sich Korsch und Schwarz im Mai 1926 wegen Unstimmigkeiten in der Gewerkschafts- und Parlamentarismusfrage von der Katz-Gruppe getrennt hatten, befehdete diese die ehemaligen Verbündeten als „skrupellose Verräter" und Komplicen des ZK der KPD. Der „Spartakusbund" forderte alle anderen linksoppositionellen Gruppen auf, die KPD und Komintern offen zu bekämpfen und das Kampfprogramm des Bundes anzunehmen[46]. Es gelang ihm jedoch nicht, sich durchzusetzen, und im Frühjahr 1927 löste der in drei Richtungen (Pfemfert, Katz, Fittko) gespaltene Bund sich wieder auf.

2. *Die Gruppe „Kommunistische Politik" (Korsch-Gruppe)*

Seit Ende März 1926 erschien in Berlin ein „Diskussionsblatt der Linken" unter dem Namen „Kommunistische Politik", als dessen Herausgeber der Bauarbeiter Heinrich Schlagewerth aus München-Gladbach verantwortlich zeichnete, das jedoch in Wirklichkeit maßgebend von Karl Korsch und anfänglich auch von Ernst Schwarz inspiriert und redigiert wurde[47]. Hatte die Katz-Gruppe ihre Hauptgefolgschaft in

---

[44] Mitteilungsblatt Nr. 25, 11, 1, 33, vgl. 17, 8: „Nie gab es zwischen KPR und KPD ein Verhältnis kameradschaftlichen Miteinanders, sondern immer nur das Verhältnis ... des hohen Chefs gegenüber dem Laufburschen. ... Es ist gerade, als ob ein Teil des deutschen Proletariats, der den demütigen Glauben an einen Gott als Schwindel durchschaut und tapfer abgestreift hat, gar nicht schnell genug sich einen neuen Gott schaffen könnte."

[45] Den beiden Führern der Gruppe wurde vorgeworfen, mit ihrer „ultrarechten Volksblocktheorie" die „KPD am weitesten in den Sumpf getrieben" und die „Bolschewisierung" nach Deutschland übertragen zu haben. Vgl. Mitteilungsblatt Nr. 4, 33, 5, 7, 23; Stalin, Werke, Bd. VIII, S. 101. Pfemfert vermutete Anfang 1926, daß Stalin gegen die Opposition zu einem Robespierre werden könnte (Aktion 16, Sp. 16).

[46] Mitteilungsblatt Nr. 8, 10, 11, 14, 20, 23, 26, 33, 29: „Trotz aller Ausschlüsse nimmt die Opposition sichtlich zu. Auf der Berliner Stadtdelegiertenkonferenz vom 5. 10. erhielt die Zentrale 806, die Opposition 344 Stimmen. Davon erklärten sich 250 Delegierte bei 33 Enthaltungen für den Gen. Giwan, der ... offen zu einer zweiten Revolution in Rußland und zum Sturze der jetzigen russ. Regierung aufruft." – Stalin bezeichnete den „Spartakusbund" als „Katz-Bande" (Werke, Bd. VIII, S. 102).,

[47] Korsch, geb. 1886; 1910 Dr. jur., 1912–14 in London (Mitgl. d. Fabian Society), 1914 bis 1918 Kriegsteiln.; USPD, 1920 KPD; 1919 Priv.-Doz., 1923 Prof. in Jena, 1923 thür. Justizminister, 1924 thür. MdL., 1924–28 MdR., 1933 Emigration (Dänemark, England, seit Ende 1936 USA). – Schwarz, geb. 1886; Dr. phil., 1922 Studienrat in Berlin, 1924–28 MdR.

Niedersachsen, so verfügte die Korsch-Schwarz-Gruppe über Anhang vor allem in den Bezirken Ruhrgebiet, Niederrhein, Halle-Merseburg, Pfalz, Hessen-Frankfurt und in Berlin. Im April 1926 war z. B. anscheinend die Mehrheit der KPD-Mitgliedschaft in Düsseldorf, Hagen und München-Gladbach sowie in Neuß, Kleve und Goch für die „Entschiedene Linke", wie sich die Korsch-Schwarz-Gruppe damals nannte[48].

Der „wildgewordene Kleinbürger" (Sinowjew) Korsch sowie Schwarz waren am 3. Mai 1926 aus der KPD ausgeschlossen worden; ihr Ausschluß wurde am 22. Juni vom EKKI-Präsidium gebilligt. Vorher hatte Korsch im Reichstag bereits die Bildung einer selbständigen parlamentarischen „Gruppe Internationaler Kommunisten" bekanntgegeben, die zwar im Reichstag anfänglich neben ihm nur Schwarz und Schlagewerth vertraten; im Juli 1927 aber standen 33 KPD-Abgeordneten 11 linkskommunistische („linke" und „ultralinke") Reichstagsmitglieder gegenüber, und später traten noch zwei weitere Abgeordnete aus der KPD-Fraktion aus (im preußischen Landtag gab es bis 1928 sechs „linkskommunistische" Abgeordnete). Der Versuch der KPD-Führung, die „Intellektuellen" Korsch und Schwarz von ihren Arbeiteranhängern zu isolieren, schlug fehl; daraufhin wurden auch Schlagewerth und andere „proletarische" KPD-Funktionäre ausgeschlossen[49]. Schon bald kam es jedoch innerhalb der „Entschiedenen Linken" zur Ausbildung zweier Flügel, nämlich der radikalen, für eine „revolutionäre" Gewerkschaftspolitik eintretenden Schwarz-Gruppe und der gemäßigteren Korsch-Gruppe, die für ein taktisches Zusammengehen mit der Linksopposition um Maslow und Ruth Fischer plädierte. Nach einer Reichskonferenz der „Entschiedenen Linken", auf der Korsch seine politische, taktische und organisatorische „Linie" billigen lassen konnte, während gleichzeitig Schwarz die Mehrheit in der „Reichsleitung" erhielt, wurde der Korsch-Schlagewerth-Flügel am 28. September 1926 aus der Organisation ausgeschlossen. Vorausgegangen war ein heftiger „Fraktionskampf" innerhalb der Opposition[50]. Fortan benutzte die Schwarz-Gruppe den alten Namen der Organisation („Entschiedene Linke"), während Schlagewerth und Korsch die Zeitschrift „Kommunistische Politik" weiterführten. Trotz dieser Kämpfe innerhalb der

---

[48] Kommunistische Politik (zit. KP), Jg. I, Nr. 1, 3, 5. Zu den Hauptmitarbeitern der Zs. gehörte Rolf Katz (Mitteilg. v. Dr. Hanna Kosterlitz). – Der Kampf gegen die „Ultralinken" wurde am Niederrhein von ihrem ehem. Gesinnungsgenossen Dr. Th. Neubauer und von A. Creutzburg geleitet.

[49] Der neue Kurs, S. 22 (Sinowjew); KP I, Nr. 4, 9/10, 13/14; Reichstagsverhandlungen, Bd. 390, S. 7443 (Korsch); vgl. Stalin, Werke, Bd. IX, S. 44 (über Korsch).

[50] KP I, Nr. 17, vgl. Nr. 15/16: „Die Genossen in unseren Reihen, die sich heute davor fürchten, durch eine neue Berührung mit Ruth Fischer ihre ... neuerworbene revolut. Reinheit wieder zu verlieren und die sich einbilden, sie könnten die neue Zimmerwalder Linke ... schaffen ohne nach Zimmerwald zu gehen, scheinen nichts davon zu ahnen, daß sie damit nur die Geschäfte derer besorgen, die die Einheit der Linken von rechts sabotieren. ... Ein altes Leninwort fand hier ... eine neue Bestätigung: daß eine allzu heftige Bekämpfung der Zentristen häufig die beste Unterstützung für den Zentrismus ist." Dagegen: Entschiedene Linke I, Nr. 17/18.

Opposition scheint in einigen Bezirken die Linke damals ihren Anhang vergrößert zu haben; die KPD-Führung reagierte mit dem Ausschluß zahlreicher Mitglieder[51].

Der 11. Parteitag der KPD in Essen im März 1927, der die bisherige Rechtspolitik bestätigte, schloß nach Ansicht der Korsch-Gruppe eine bestimmte Entwicklungsphase ihrer eigenen „theoretisch-kritischen und praktisch-politischen Aktion für die Aufrechterhaltung des revolutionären, marxistischen Kommunismus" ab. Auf der 3. Reichskonferenz der Gruppe „Kommunistische Politik" im Mai 1927 sollte die Politik für die neue Periode festgelegt werden. Diese Konferenz beschloß, die Führung zu dezentralisieren und der Gruppe einen Zwischenstatus zwischen einer KPD-Fraktion und einer neuen Partei zu geben[52]. Wie fast alle anderen linksoppositionellen Gruppen hat sich auch die Gruppe „Kommunistische Politik" nach der Linksentwicklung in der Komintern-Taktik 1928 aufgelöst[53].

Die „Plattform"[54] der Korsch-Schwarz-Gruppe vom 2. April 1926 ging von der Voraussetzung aus, daß statt der von der Komintern behaupteten „relativen Stabilisierung" in den meisten kapitalistischen Ländern und vor allem in Deutschland akute Krisenerscheinungen zu bemerken seien, so daß „alle objektiven Elemente für eine konkret revolutionäre Politik" bestünden, welche die Intensität des täglichen ökonomischen und politischen Klassenkampfes steigern und mit Kampflosungen wie der von der „revolutionären Kontrolle der Produktion" die Revolution vorbereiten müsse. Der „parlamentarische Kretinismus" der KPD wurde abgelehnt. Das Ziel der geforderten „klaren revolutionären Klassenpolitik" sollte die „Alleinherrschaft der auf die breitesten Massen der Werktätigen in Stadt und Land gestützten revolutionären Arbeiterräte" sein, jedoch müßten die organisatorischen Formen des Kampfes den jeweiligen Verhältnissen angepaßt werden. Zwar nannte die „Plattform" als wichtigste Aufgabe der KPD die Gewinnung der „Mehrheit der ausschlaggebenden Schichten der Arbeiterklasse"[55]; aber Korsch hatte schon vor seiner Trennung von der KPD gemahnt, daß keine revolutionäre Klasse ihre „revolutionären Aufgaben" allein erfüllen könne, sondern dazu der Hilfe „aller unterdrückten, aller ausgebeuteten Schichten, der armen Bauern in Rußland, der

---

[51] So wurde am 1. 10. 1926 Heinrich Giwan ausgeschlossen. Im Sept. 1926 erhielt z. B. die LO auf einer Unterbez.konferenz in Frankfurt/M 36 von 88 St. (bei 8 Enthaltgg.), und auf der Groß-Berliner Stadtdeleg.konferenz erhielt sie ca. 30% der St.: KP I, Nr. 17, 18; vgl. Die Rote Fahne v. 30. 9. 1926.

[52] KP II, Nr. 6, 8, dort bes. die Thesen 12 und 13.

[53] KP II, Nr. 19/20. – Die „KP" stellte Ende Dezember 1927 das Erscheinen ein; als Ersatz wurde den Lesern die Wochenzs. des „Dt. Industrieverband/Einheitsorganisation", „Kampffront", empfohlen.

[54] Abgedruckt in: Karl Korsch, Der Weg der Komintern, Berlin (1926), S. 17–24. – Eine „Plattform" bedeutet im Leninismus die Zusammenfassung der politischen und theoretischen Forderungen einer kommunistischen Gruppe oder „Fraktion" (vgl. Lenin, Ausgew. Werke, Bd. II, S. 801 ff.).

[55] Diese wie viele andere der weiter unten genannten Forderungen der LO wurden in der Periode der „ultralinken" Taktik nach 1928 von der KPD übernommen.

unterdrückten Völker Indiens und Afrikas, aller Schichten des Mittelstandes in Europa und in Amerika" bedürfe[56].

Für ihre revolutionäre Politik erhoffte sich auch diese Gruppe vor allem die Unterstützung der „Millionenscharen der Erwerbslosen", zu deren Organisierung die Linke „*selbständig* die ersten einleitenden Schritte" zu tun versuchte. Obwohl sie außerhalb der KPD stand, verlangte sie von dieser Partei die sofortige Einberufung eines Reichserwerbslosenkongresses und eines Reichsvollzugsrates sowie die kommunistische Führung von Streikkämpfen „über den Kopf des ADGB hinweg"[57]. Dazu waren Gewerkschaften erforderlich oder wenigstens erwünscht. Deshalb trat die Korsch-Gruppe auch für eine selbständige kommunistische Gewerkschaftspolitik ein, jedoch waren ihr gewerkschaftliche Organisationen lediglich Hilfsmittel des revolutionären proletarischen Klassenkampfes – der „Kampf der Unorganisierten in seinen mannigfachen Formen" wurde vielmehr als grundsätzlich gleichwertig anerkannt. Als notwendig erachteten die Korsch-Anhänger ferner eine „selbständige Betriebsräte- und Vertrauensleutebewegung". Die damals von den Kommunisten im ADGB eingeschlagene Taktik, die freien Gewerkschaften von innen heraus erobern zu wollen, hielt die Gruppe für utopisch, denn jede revolutionäre kommunistische Gewerkschaftsarbeit werde sicherlich zur „Spaltung" des ADGB, d. h. zum Ausschluß der aktiven Kommunisten und damit zum Fehlschlag des Experiments führen[58]. Die Korsch-Gruppe beherrschte einige Bezirks- und Ortsorganisationen von fünf revolutionären „Industrieverbänden"[59] und verfolgte das Ziel, diese zu einer „einheitlichen revolutionären Gewerkschaftsorganisation" zusammenzuschließen, die als „Unterbau" einer „wirklich revolu-

---

[56] KP I, Nr. 2, 19; Reichstagsverhandlungen, Bd. 386, S. 2995 (Korsch, 10. 7. 1925). Korsch bejahte – unter Berufung auf Rosa Luxemburg! – prinzipiell den „roten revolutionären Terror als letztes, äußerstes Kampfmittel der bedrängten Revolution" (Reichstagsverhandlgg., Bd. 393, S. 11053, 24. 6. 1927).

[57] KP I, Nr. 2, 9/10, 11/12, 13/14, 15/16, 18. – Arbeitslosigkeit im Reich: 1925 8,3%, 1926 17,9%, 1927 8,8%, 1929 14,6% (nach J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland, Bd. II, 2, 6. Aufl. Berlin 1954, S. 236).

[58] KP I, Nr. 19, II, Nr. 8, 17/18, vgl. Nr. 6: „Der gewerkschaftliche Kampf ist gerade in seiner ersten ökonomischen Ausgangsform, über die er in der heutigen Periode in den meisten Fällen nicht hinausgelangt, nur ein Teilkampf innerhalb des allgemeinen revolut. Befreiungskampfes der proletar. Klasse. . . . (Wer) aus einer subjektiv revolutionären Tendenz heraus die reformist.-konterrevolut. Beeinflussung des Arbeiterklassenkampfes durch die beiden(!) heutigen politischen ‚Arbeiterparteien' im Wege einer Neugründung ‚revolut.' Gewerkschaften . . . zu beseitigen versucht, begibt sich nur auf den Boden einer in ihrer praktischen Auswirkung reaktionären, revolutionären Utopie."

[59] Es handelte sich um: Ind.verband f. d. Baugewerbe (P. Kaiser), I. V. f. d. Bekleidungsgewerbe (W. Schumacher), Deutscher I. V. (P. Weyer), I. V. Einheitsorganisation (Schmittke) u. Verband d. Schiffs- und Bootsbauer. Vgl. K. Korsch, Um die Tariffähigkeit, Berlin 1928, S. 55 f. – Bei diesen Verbänden handelte es sich um Relikte aus der Periode der KPD-Gewerkschaftspolitik vor 1924, in der man versucht hatte, eigene revolutionäre Gewerkschaften nach dem Industrieprinzip (im Gegensatz zum Berufsprinzip) zu gründen.

tionären politischen Partei" für unentbehrlich gehalten wurde[60]. Gegen diese Bestrebungen wandten sich die Führer der „Industrieverbände", die einer Art kommunistischen Syndikalismus anhingen.

Die Gruppe „Kommunistische Politik" wollte die Theorie und Praxis des Marxismus „wiederherstellen"; auch sie identifizierte ihre Position mit der Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Lenins zu Beginn des ersten Weltkrieges, die der „stalinistischen" KPD und Komintern hingegen mit dem „Verrat" der sozialistischen Parteien im August 1914. Die zustimmende Haltung der KPD gegenüber dem deutsch-russischen Neutralitätsvertrag betrachtete Korsch als ein Vertrauensvotum für die Reichsregierung; das verstoße jedoch gegen Lenins 21 Bedingungen für die Zugehörigkeit zur III. Internationale[61]. Korsch erklärte, der „Reformismus" der von Stalin und Bucharin gelenkten KPdSU und Komintern sei zwar „spezifisch verschieden", aber „doch zugleich vollkommen analog" den beiden durch die Namen Bernstein und Kautsky gekennzeichneten Spielarten des „Vorkriegsreformismus" in der Sozialdemokratie. In wichtigen Fragen der kommunistischen Theorie und Praxis stünden die KPD und die gesamte Komintern bereits im Lager der Sozialdemokratie. Im August 1926 forderte die Gruppe den Zusammenschluß aller, die den „Grundsätzen des revolutionären internationalen Kommunismus" treu geblieben seien, zu einer in *allen* kommunistischen Parteien (auch in der KPdSU!) vertretenen „Fraktion des Kommunismus", die Bildung einer „neuen Zimmerwalder Linken" mit dem alten Schlagwort Lenins „Gegen den Strom!"[62]. Innerhalb der Komintern-Sektionen plädierten Korsch und seine Gefolgschaft für die „Wiederherstellung der Parteidemokratie und der Diskussionsfreiheit" sowie für die „sofortige Einstellung der sogenannten ‚Reorganisation' der Partei auf Betriebszellen", die ein wichtiger Bestandteil der „Bolschewisierung" war[63]. Sie scheuten aber davor zurück, außerhalb der Sowjetunion schon die Gründung neuer „zweiter" kommunistischer Parteien neben den Komintern-Sektionen vorzuschlagen; vielmehr sahen sie ihre Aufgabe darin, sich den „gegenwärtigen und wirklichen Kämpfen der Arbeiterklasse" zu widmen und „jenen toten ‚Kommunismus', der als ein betrübliches und bisweilen närrisches Gespenst in der heutigen proletarischen Arbeiterbewegung umgeht, zu seinen Toten heimzuschicken". Die III. Internationale war für sie lediglich die „erste und vorübergehende Form" eines historischen Versuchs. Sie wollten allmählich die *Voraussetzungen* für die spätere Gründung völlig neuer „selbständiger kommunistischer Parteien" und einer „selb-

---

[60] KP II, Nr. 17/18.

[61] KP I, Nr. 4, 9/10, 19/20; Reichstagsverhandlungen, Bd. 390, S. 7444, Bd. 393, S. 11052 f. (Korsch). Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden bei dieser Gruppe mehr geschätzt als Lenin. Korsch (Die materialistische Geschichtsauffassung, Leipzig 1929, S. 80, vgl. 125 f.) rechnete Lenin und die Bolschewiki wie Kautsky zum „marxistischen Zentrum" – allerdings „als einen besonderen Ausläufer". Doch hieß es in der KP (II, Nr. 19/20), alle Kommunisten müßten für „die Vergangenheit Leninisten sein".

[62] Korsch, Weg, a. a. O., S. 8 f., 13; KP I, Nr. 11/12, 13/14, 15/16.

[63] KP II, Nr. 11/12.

ständigen Kommunistischen Internationale" schaffen, die von sowjetrussischem Einfluß frei sein sollte[64].

Denn die Sowjetunion war nach Ansicht der Korsch-Opposition „seit langem" keine proletarische Diktatur mehr, sondern „die Diktatur gegen das Proletariat, die Diktatur der Kulaken" geworden, die Komintern keine „*wirklich* revolutionäre, *wirklich* kommunistische Partei" mehr, sondern auf dem Wege, „eine zaristisch bonapartistische, eine preußisch wilhelminische oder eine kaiserlich-königliche Gesinnungszwangsanstalt" zu werden[65]. In ihr bestehe jetzt ein „Belagerungszustand", Theorie und Praxis seien voneinander getrennt, und dieser Widerspruch müsse „durch die Erzwingung der wirklichen und ernsthaften Diskussion aller Fragen der russischen Revolution einschließlich der russischen Frage" aufgehoben werden. Man stehe in der „Periode des Kampfes gegen die Liquidatoren und das Liquidatorentum", das sich in der offiziellen Parteiführung verkörpere[66]. Die Führer der von einer „Klassen-" zur „Staatspartei" gewordenen KPdSU und der Komintern sowie die „Thälmannzentrale" in Deutschland seien die gefährlichsten Antibolschewisten, weil sie nicht den Mut hätten, das Proletariat über die unvermeidlichen Widersprüche und die tatsächliche Entwicklung in Sowjetrußland aufzuklären, sondern die „Fiktion" eines Fortbestehens der proletarischen Diktatur nährten und die „neue revisionistische Theorie von der Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in einem einzelnen, industriell rückständigen Lande" verträten. 1917 habe die Möglichkeit bestanden, in Rußland die Periode des voll entwickelten Kapitalismus zu überspringen und sofort mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen. Jetzt aber, wo die revolutionäre Bewegung des internationalen Proletariats zeitweilig zurückgeworfen sei, zeige es sich, daß die isolierte russische Revolution einen „radikal-bürgerlichen Charakter" besitze (s. die Thesen Korschs!). „Im Namen Lenins" wandte man sich gegen die Preisgabe der „Hegemonie des Proletariats" zugunsten einer Gleichberechtigung der Bauernschaft und gegen die Ersetzung des „Arbeitens auf revolutionäre Art" durch eine „Amerikanisierung der Betriebe"[67], sowie gegen die angeblich „klassenfriedliche" Politik der „Arbeits-

---

[64] KP II, Nr. 19/20: „... die Hauptaufgabe für die revolutionären Arbeiter in Deutschland besteht heute (Dez. 1927) ganz und gar nicht mehr darin, an jenen ... ‚häuslichen Streitigkeiten' der verschiedenen rechten, mittleren und linken Strömungen in den kommunistischen Parteien und um die kommunist. Parteien teilzunehmen."

[65] KP I, Nr. 2, 18, vgl. II, Nr. 9/10, 17/18, 19/20; Inprekorr 6 (1926), S. 795.

[66] KP I, Nr. 2, 6, 17, vgl. 5: „Wir werden um unsere Partei, trotz alledem die Partei Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, kämpfen!" – Hier läßt sich bis in die Terminologie hinein das Vorbild des Kampfes in der russ. Sozialdemokratie vor 1914 erkennen! Zum Begriff „Liquidatorentum" vgl. Lenin, Ausgew. Werke, Bd. I, S. 602 ff.

[67] KP I, Nr. 13/14, 3, 19/20; vgl. Die Internationale 9 (1926), S. 562–567 (A. S.), sowie die Rede N. Krupskajas auf dem 14. KPdSU-Parteitag (18.–31. 12. 1925), in der sie sich gegen die Politik der Stalin-Bucharin-Gruppe wandte und an Lenins Worte erinnerte: „In der Geschichte sind Fälle zu verzeichnen, wo die Lehren großer Revolutionäre nach ihrem Tode entstellt worden sind; man machte aus ihnen unschädliche Götzen, und indem man ihrem Namen Ehre erwies, stumpfte man die revolutionäre Schärfe ihrer Lehren ab." (Sic!

gemeinschaft" zwischen der UdSSR und der deutschen „monarchistischen Republik" (Korsch), welche „die erneute völlige Liquidierung der kommunistischen Staatstheorie" bedeute. Rosa Luxemburg habe dies schon im September 1918 vorausgesehen[68]. Auch in der damaligen Taktik der KPD, vor allem gegen die Rechtsparteien statt gleichmäßig gegen die *gesamte* „Bourgeoisie" mit Entschiedenheit zu kämpfen, erblickte die Korsch-Gruppe die „ungeheuerliche Gefahr eines offenen Verrats des deutschen Proletariats"[69]. Die „Kommunistische Politik" proklamierte: „Wir sind die Partei!". Sie wandte sich auch gegen alle anderen linkskommunistischen Gruppen in Deutschland – mit Ausnahme der Weddinger Opposition. Sinowjew, Trotzki und der „Trotzkismus" wurden ebenfalls kritisiert[70], während die radikalere Sapronowgruppe und die „Arbeiteropposition" Schljapnikows in der Sowjetunion, sowie vor allem die italienisch-französische Oppositionsgruppe um Amadeo Bordiga als Bundesgenossen begrüßt wurden[71].

Karl Korsch selbst ist ohne Zweifel einer der interessantesten Theoretiker im deutschen Kommunismus[72]. Korsch, der sich schon 1923 sowohl von der sozialdemokratischen als auch von der kommunistischen „Marx-Orthodoxie" distanziert hatte, veröffentlichte 1932 in der parteilosen Zeitschrift „Gegner" (Hrsg. Franz Jung, H. Schulze-Boysen) einige bemerkenswerte Aufsätze, darunter „Thesen über

---

lt. KP II, Nr. 19/20; vgl. Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 160). Stalin erklärte auf diesem Parteitag noch: „Die Partei kann nur kollegial geführt werden. Es wäre Unsinn, von einer anderen Art der Parteiführung nach Lenins Tod zu träumen." (Inprekorr 5, 1925, S. 2548).

[68] KP I, Nr. 4, 11/12; Reichstagsverhandlungen, Bd. 385, S. 2008, Bd. 388, S. 5281, Bd. 390, S. 7444, vgl. Bd. 395, S. 1058 (Korsch); vgl. Spartakusbriefe (Neudruck), Berlin 1958, S. 457 ff. – Nur ein Jahr vorher hatte Korsch die Zustände in der Sowjetunion noch sehr gelobt! (Reichstagsverhandlungen, Bd. 387, S. 4211).

[69] KP I, Nr. 5, vgl. über die KPD bes. ebd., Nr. 4, 5, 7/8, 15/16: „Mit Riesenschritten zur Kleinbürgerpartei.", ferner II, Nr. 4/5, 6, 7. – Korsch lehnte 1926 eine Unterstützung der UdSSR im Kriegsfalle ab und forderte zum Sturz der „entarteten" KPdSU auf (s. Protokoll, 7. EKKI-Plenum, S. 93, 330; Reichstagsverhandlungen, Bd. 390, S. 7443 f.; Die Kommunistische Internationale 7, 2, 1926, S. 72–76 – Jablonski –, 7, 1, S. 342–365 – Manuilski –).

[70] KP I, Nr. 19, II, Nr. 19/20: Trotzki „müßte als marxistischer Dialektiker die Notwendigkeit begreifen, mit der aus der konkreten Wahrheit der Leninschen Theorie und Taktik für die erste aufsteigende Phase der russ. Revolution gegenwärtig unter den veränderten histor. Bedingungen der absteigenden Phase die konkrete Unwahrheit des modernen Leninismus geworden ist".

[71] KP II, Nr. 19/20, I, Nr. 19, 20. Vgl. z. B. Schapiro, The Communist Autocracy, Harvard UP 1956, S. 223, 267, 284, und: Vor dem Oktober, Revolution und Konterrevolution in Sowjetrußland, Die Plattform der linken Opposition in der bolschewist. Partei (Sapronow, Smirnow usw.), Fuhlsbüttel (1927), o. S. 44 u. 51: „Die Gefahr des konterrevolutionären gewaltsamen Umsturzes wurde abgelöst von der Gefahr einer Entartung der proletarischen Diktatur. . . . Die Liquidierung der Räte und ihre Umwandlung in einen Hilfsapparat des Staates beginnt."

[72] Hingewiesen sei hier auf: Quintessenz des Marxismus, Berlin-Leipzig 1922; Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung, Berlin-Leipzig 1922, S. 5–24; Marxismus und Philosophie, Leipzig 1923; Die materialist. Geschichtsauffassung, Leipzig 1929; „Lenin und die Kommunist. Internationale", in: Die Internationale 7 (1924), S. 320–327; „Die Theorie der Grundrente bei Varga und bei Marx", ebd. 8, S. 42–47; Die Aktion 18 (1928), Sp. 234–238,

Hegel und die Revolution". Sie wollten die Hegelsche Philosophie und vor allem die dialektische Methode „in ihrem Zusammenhang mit dem bestimmten geschichtlichen Charakter der damaligen revolutionären Bewegung" und als „Philosophie der Restauration" begreifen. Auf der Übernahme der Hegelschen dialektischen Methode durch Marx beruhte jedoch Korsch zufolge „der ganze formelle Vorzug der Marxschen Wissenschaft". In jenen Aufsätzen[73] vertrat er die Ansicht, daß alle Richtungen des russischen Marxismus die marxistische Lehre, die der „theoretische Ausdruck einer proletarisch-sozialistischen Revolutionsbewegung" sei, in eine bloße „‚sozialistische' Ideologie einer bürgerlich-kapitalistischen Aufbaubewegung" verwandelt hätten; sowohl der „Stalinismus" als auch der „Trotzkismus" basierten im Grunde genommen auf der „neu-narodnikischen" Negation der Möglichkeit einer normalen kapitalistischen Entwicklung in Rußland[74]. Aber nicht nur in der Sowjetunion sei die marxistische Theorie zu einer „förmlichen Staatsreligion" degeneriert, auch in Westeuropa habe sie sich in eine „bloße Ideologie" umgewandelt. Als geradezu verhängnisvoll betrachtete es Korsch, daß neben Luxemburg und dem linken Flügel in der SPD auch Lenin den Kampf gegen den sozialdemokratischen Revisionismus vor dem ersten Weltkrieg von einer „völlig ideologischen Plattform" aus geführt habe. Es sei falsch gewesen, daß Lenin „die Garantie für den revolutionären Charakter der Arbeiterbewegung nicht in ihrem wirklichen ökonomischen und sozialen Klasseninhalt suchte, sondern ausdrücklich nur in der *Führung des Kampfes durch die von einer richtigen marxistischen Theorie geleitete revolutionäre Partei*."

Bereits 1922/23 hatte Korsch es als einen Irrtum erklärt, im Marxismus eine

---

Jg. 19, Sp. 176–184, Jg. 21, Sp. 60–64; Neue Rundschau, Jg. 1931/II, S. 289–302. – 1922 hatte Korsch auf die Entwicklung von der „Koalitionsfreiheit" der Arbeiter zu einem nach seiner Ansicht vornehmlich im „bürgerlichen" Interesse liegenden „Koalitionszwang" hingewiesen: Arbeitsrecht für Betriebsräte, Berlin 1922; vgl. Um die Tariffähigkeit, a. a. O., ferner über Sozialisierung und Verstaatlichung: Was ist Sozialisierung? Hannover (1919), bes. S. 18 f.

[73] Der Gegner, Jg. 1932: „Zur Geschichte der marxist. Ideologie in Rußland", Nr. 5, S. 9–11; „Thesen über Hegel und die Revolution", ebd. S. 11 f.; „Thesen zur Kritik des faschistischen Staatsbegriffes", Nr. 4/5, S. 20; „Ausgang der Marx-Orthodoxie", Nr. 6, S. 7–9; „Die alte Hegelsche Dialektik und die neue materialist. Wissenschaft", Nr. 11/12, S. 20–22; ferner: „Kommunistischer Klassenkampf gegen Marx' Kapital", Die Aktion 22 (1932), Sp. 36–42. Vgl. I. Fetscher, „Das Verhältnis des Marxismus zu Hegel", in: Marxismus-Studien, 3. Folge, Tübingen 1960, bes. S. 113 ff.; J. Ritter, Hegel und die franz. Revolution, Köln-Opladen 1957. Die „Thesen über Hegel" und von 1950 datierte „Zehn Thesen über den heutigen Marxismus" sind abgedruckt in: Arguments 3 (Paris 1959), Nr. 16, S. 24–28. Vgl. auch: Korsch, „State and Counter Revolution", in: The Modern Quarterly, XI (1939), Nr. 2, S. 60–67; ebd., S. 80, (A. Rosenberg).

[74] Den Sündenfall sah Korsch aber schon bei Lenin, „der um die Jahreswende 1920/21 vollkommen bewußt entgegen all seinen früheren Erklärungen den neuen marxistischen Mythos von dem an sich sozialist. Charakter des Sowjetstaates ... aufgestellt hat" (Gegner Nr. 3, S. 11; vgl. Rosenberg, Geschichte d. Bolschewismus, S. 196 ff.). – Korsch kritisierte dann auch die „orthodoxe" Angewohnheit, Marx abstrakt zu zitieren, „just as the schoolmen quoted the words of Aristotle or the bible" (Korsch, Karl Marx, London 1938, S. 12).

Philosophie oder überhaupt eine Wissenschaft „im wohlanständigen, gutbürgerlichen Sinne des Wortes" erblicken zu wollen. Die wissenschaftliche Form, in der der Marxismus auftritt, erschien ihm aber als die *notwendige* Voraussetzung für die Erfüllung seiner Aufgabe, der „angemessene" Ausdruck des „neuen Bewußtseinsinhalts" der – sich gerade von der bürgerlichen revolutionären Bewegung loslösenden und als selbständige Klasse konstituierenden – „proletarischen Klasse" zu werden und gleichzeitig „dieses proletarische Klassenbewußtsein auf eine höhere Stufe seines Daseins" emporzuheben. 1932 ließ er die Beantwortung der Frage, „ob und wieweit dieser große Wurf" – nämlich, „in seinem Werk die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen ‚naturgeschichtlichen Prozeß' darzustellen" – „dem materialistischen Geschichts- und Gesellschaftsforscher Marx im ‚Kapital' grundsätzlich gelungen" sei, offen. In seinem Marx-Buch (1938) ging er noch weiter, indem er erklärte, daß der historische Materialismus als empirische Methode keiner philosophischen Basis bedürfe[75]. Etwa seit 1930 entfernte er sich allmählich vom Marxismus, den er zwar nicht völlig preisgab – vielmehr noch 1938 als „the genuine social science of our time" bezeichnete –, aber doch kritisch in Frage stellte und relativierte. Bei ihm hatte sich schon früh die Tendenz gezeigt, Marx' „wissenschaftlichen Sozialismus" in seiner historischen Bedingtheit und Begrenztheit zu sehen[76]. 1932 wollte er dem Marxismus oder genauer der marxistischen Dialektik nur einen Übergangscharakter zuerkennen, denn es handle sich tatsächlich um eine „Hinüberrettung" der mit den „Muttermalen" der jakobinischen bürgerlichen Revolutionstheorie[77] gezeichneten Dialektik in den Materialismus. In den „Thesen über den heutigen Marxismus" aus dem Jahre 1950 bezeichnet Korsch alle Versuche, „die marxistische Doktrin als Ganzes und in ihrer ursprünglichen Funktion als Theorie der sozialen Revolution der Arbeiterklasse" wiederherzustellen, als „reaktionäre Utopien". Marx ist für ihn nur noch einer der zahlreichen sozialistischen Theoretiker und Führer – von den „utopischen Sozialisten", Blanqui, Proudhon und Bakunin bis zur Gegenwart. Heute hält er den Marxismus für wichtiger in seiner Eigenschaft als „soziale Bewegung" (action

---

[75] Vgl. Kernpunkte, a. a. O., S. 7; „Die Marxsche Dialektik", in: Inprekorr 3 (1923), S. 330f.; Korschs Vorwort zu: K. Marx, Das Kapital, Berlin 1932, S. 8; Marxismus und Philosophie, a. a. O.; Arguments a. a. O., S. 26; Korsch, Marx, a. a. O., S. 230f., 179.

[76] 1923 hatte er im Marxismus „ein durchaus notwendiges Element innerhalb jenes großen historischen Entwicklungsprozesses, in dem die proletarische Klassenbewegung sich von der bürgerlichen revolut. Bewegung ‚3. Standes' allmählich loslöste", gesehen: „Nur dadurch, daß er die Form strenger ‚Wissenschaft' annahm, konnte sich jener Komplex proletar. Klassenanschauungen, der den Inhalt des ‚modernen Sozialismus' ausmacht, von den bürgerlichen Anschauungen, mit denen er kraft seiner Entstehung ursprünglich untrennbar zusammenhing, radikal reinigen . . ." (Inprekorr 3, a. a. O.).

[77] In einem Aufsatz über „Marx' Stellung in der Europäischen Revolution von 1848" (Die Schule, Hrsg. A. Grimme, Jg. 3, 1948, Nr. 5) wirft Korsch Marx vor, er habe 1848 eine „allzu abstrakte und ungeschichtliche" Politik proklamiert und sich dabei zu sehr „jakobinischer Losungen" bedient. Vgl. Korsch in: Encyclopaedia of the Social Sciences, Bd. X (1933), S. 172 ff.

sociale) denn als Wissenschaft oder als theoretisches Dogma. Seine Kritik am Marxismus richtet sich u. a. gegen die „unbedingte Anhänglichkeit" an die politischen Formen der bürgerlichen Revolution und die Übernahme des ökonomisch fortgeschrittenen England als Modell für die zukünftige Entwicklung aller Länder. Sie wendet sich gegen die Überschätzung des Staates als entscheidendes Instrument der gesellschaftlichen Revolution und die „mystische Identifizierung der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft mit der sozialen Revolution der Arbeiterklasse", schließlich gegen die Einteilung des kommunistischen Revolutionsprozesses in zwei Phasen, weil sie die Arbeiterklasse um ihre sofortige wirkliche Befreiung betrüge. Der marxistische Sozialismus sei nunmehr, als revolutionäre Theorie, zur „bloßen Ideologie" geworden[78].

Überblickt man den Gedankengang Korschs von seinem Ausgangspunkt an, nämlich der Auffassung, daß der „Marxismus" die in Form und Inhalt notwendige und adäquate Theorie – und gleichzeitig das „Erziehungsmittel" – der um ihre Befreiung ringenden Arbeiterklasse gewesen sei, bis zu seinem heutigen Standpunkt, so kann man kaum bestreiten, daß wir es hier mit dem ernsthaften Versuch eines „Marxisten" zu tun haben, einmal das Marxsche Postulat der historischen Bedingtheit aller Theorien konsequenterweise auch auf den Marxismus selbst anzuwenden, andererseits aber darauf hinzuweisen, daß aus den Lehren von Marx immer noch fruchtbare Anregungen für die modernen Sozialwissenschaften gewonnen werden können[79]. Selbstverständlich wird ein solcher Versuch von den Vertretern des offiziellen „Marxismus-Leninismus" als Ausdruck einer unmarxistischen, „bürgerlichen" Haltung betrachtet und scharf abgelehnt[80].

3. Die „Entschiedene Linke" (Schwarz-Gruppe)

Um Ernst Schwarz und dessen Zeitschrift „Entschiedene Linke" scharte sich eine radikale kommunistische Oppositionsgruppe, die sich im Herbst 1926 von

---

[78] Korsch, Marx, a. a. O., S. 23; Arguments, a. a. O., S. 26 (M. Rubel), 27 f. (Korsch); Neue Rundschau, a. a. O. (Korsch); vgl. L. Kolakowski, Der Mensch ohne Alternative, München 1960, S. 28: „Die Entwicklung des Marxismus aber hat die Wissenschaft in eine Mythologie ... verwandelt, aus der das Rückgrat der Vernunft entfernt worden ist. Sie wirkte nach denselben Schemata, die für die Ideologie typisch sind, verbarg sich aber dabei auf Grund ihrer Tradition hinter einer wissenschaftlichen Fassade."

[79] The Journal of Philosophy, Bd. XLII (1945), S. 717 f. (Korsch): „... it is certainly true that the historical and sociological approach of Marx and Engels to the phenomena of knowledge has resulted in the accumulation of a vast ... reservoir of pregnant thought that is only waiting for its complete disentanglement from the residua of a now obsolete philosophical language. ... this important development was not continued by the Marxian scholars of the subsequent generations. They either ignored and forgot these problems or ... tended to reverse the whole process by reading Hegelian philosophy back into the scientific and pragmatic theory of Marx." — Noch bis 1958 hat Korsch sich mit der Deutung des Marxismus und der modernen Revolutionen und Gegenrevolutionen beschäftigt (Mitt. v. Dr. Hedda Korsch).

[80] Vgl. D. Bergner – W. Jahn, Der Kreuzzug der evangelischen Akademien gegen den Marxismus, Berlin 1960, S. 14 f., 24.

Korsch und der „Kommunistischen Politik" getrennt hatte. Die Hauptursache dieser Trennung von Korsch, der als „neuer Lenin" und „mißglückter Ledebour" beschimpft wurde, waren – abgesehen von persönlichen Differenzen – Meinungsverschiedenheiten in der Gewerkschaftsfrage. Von Anfang an unterhielt die neue Gruppe engere Beziehungen zur KAPD, und auf der Sitzung des Zentralausschusses der „Entschiedenen Linken" Anfang Juni 1927 in Berlin wurde schließlich einstimmig die Verschmelzung mit dem „revolutionären Vortrupp des Proletariats", der KAPD und der AAU, beschlossen[81].

Das Motto der Politik der Schwarz-Gruppe lautete: „Alle Macht den Räten!" Sie betrachtete sich ebenfalls als neue „Zimmerwalder Linke", wollte Liebknecht und Rosa Luxemburg nachfolgen und die Spartakustraditionen wieder aufnehmen; sie vertrat den revolutionären Rätegedanken und plädierte für die Gründung einer neuen „revolutionären Arbeiterpartei, in der proletarische Ehrlichkeit und Lauterkeit und das Mitbestimmungsrecht der Arbeitermassen" die „Korruption" eines „diktatorischen Bürokratenklüngels" ersetzen sollten. Die Gruppe forderte, die „Anti-Gesetzlichkeit" von jedem proletarischen Kämpfer zu verlangen und lehnte Lenin ab[82].

Neben dem Rätegedanken als der Grundlage ihrer Politik hatte die „Entschiedene Linke" mit anderen ultralinken Gruppen auch die Ablehnung jeder Gewerkschaftsarbeit gemeinsam. Sie erklärte, eine Revolution sei noch niemals auf dem Weg über eine Eroberung der Gewerkschaften, vielmehr stets durch den Kampf geschlossener rücksichtsloser Minderheiten zum Erfolg geführt worden. Deshalb müsse eine „machtvolle", auf dem Räteprinzip aufgebaute Organisation, eine „Union der Betriebsorganisationen" geschaffen werden, die sich zum Ziel setze, wirtschaftliche Kämpfe zum „Kampf um die politische Macht der Arbeiterklasse" auszuweiten[83].

Die „ultralinken" Kommunisten seien die Erben der von Liebknecht, Rosa Luxemburg und Lenin begründeten kommunistischen Bewegung, so erklärte die Schwarz-Gruppe. In der Einschätzung der Sowjetdiktatur stimmte sie völlig mit der Korsch-Gruppe überein: Das „entartete" Sowjetrußland unter der Führung des „Renegaten" Stalin sei eine „aufstrebende bürgerliche Diktatur"; die Politik dieses Staates trage einen völlig „unproletarischen Charakter" und lasse keine

---

[81] Entschiedene Linke (zit. EL), Jg. I (Berlin 1926), Nr. 17/18, 19, II, Nr. 9, 10. – Die Zs. wurde „fast nur" aus den Diäten von Schwarz finanziert; sie stellte im Juli 1927 ihr Erscheinen ein.

[82] EL I, Nr. 15/16, 17/18, 19, II, Nr. 6: „Die Leninsche Broschüre ‚Der Radikalismus, eine Kinderkrankheit des Kommunismus', ist ein Dokument dafür, mit welchen elenden Argumentationen die bolschewist. Erfahrungen, die in Wirklichkeit nicht existierten, dem Weltproletariat begründet wurden."

[83] EL I, Nr. 15/16, 17/18, 19, 20, II, Nr. 4, 9. Die EL erklärte, daß „der reformistische und konterrevolutionäre Charakter der Gewerkschaften mit ihrem Wesen in Verbindung steht."

„Entwicklung zum Kommunismus" erkennen[84]. Anläßlich der 15. KPdSU-Parteikonferenz (26. 10.–3. 11. 1926), unmittelbar nach der Absetzung Sinowjews als Komintern-Vorsitzender und der Entfernung Trotzkis und Kamenews aus dem Politbüro, stellte die „Entschiedene Linke" fest, daß ein Krieg zwischen der Sowjetunion und den westeuropäischen Staaten nunmehr „durchaus auf der Linie der gewöhnlichen Konflikte der bürgerlichen Staaten untereinander" liegen würde. Die Komintern sei tot, die KPD zum „Anhängsel der schwarz-rot-goldenen Einheitsfront" geworden, während die Rationalisierung des Produktionsprozesses in Sowjetrußland und in den kapitalistischen Ländern im Grunde genommen den gleichen arbeiterfeindlichen Charakter trage. Aus der von ihr behaupteten „zwangsläufigen" Verbürgerlichung des Bolschewismus seit 1921 zog die Schwarz-Gruppe im September 1926 – ähnlich wie Korsch – den Schluß, daß auch in Rußland die „Organisierung der proletarischen Revolution" auf der „Tagesordnung" stehe[85].

Alle kommunistischen Gruppen, welche die Komintern und ihre Sektionen noch für sozialistisch hielten und sie lediglich reformieren wollten, wurden von den „revolutionären Kommunisten" um Schwarz abgelehnt. Ihre Sympathie war auf der Seite des radikalen, noch links von der russischen „Arbeiteropposition" stehenden Mjasnikow[86].

Sowohl Stalins Parole vom Aufbau des nationalen Sozialismus in Rußland als auch die „Bolschewisierung" der Komintern-Sektionen mit all ihren Konsequenzen waren nicht zuletzt eine Folge der nach 1920/21 gewonnenen, 1923 endgültig bestätigten Einsicht, daß mit einer Beendigung der Isolierung der Sowjetunion in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sei[87]. Als Folge ihrer Niederlage im Herbst 1923 und ihres Verbots (1923/24) war die KPD in ihrer organisatorischen Stärke[88] und politischen Schlagkraft erheblich geschwächt worden. Trotz des heftigen Widerstandes der linken und vor allem der „ultralinken" Opposition in der KPD,

---

[84] EL II, Nr. 9, I, Nr. 17/18, 19, 20: „Es führt eine Linie von Bernstein zu Stalin. Die Praxis des Stalinismus ist natürlich die Praxis des nationalen Aufbaues der kapitalist. Wirtschaft in Rußland mit allen ihren ... Begleiterscheinungen für das Proletariat. ... Die kommunist. Arbeiter müssen begreifen, daß es für die Kommunist. Internat. als Organisation keinen Rückweg mehr gibt."

[85] EL I, Nr. 15/16, 17/18, 20, II, Nr. 10. Zur Parteikonferenz vgl.: Stalin, Werke, Bd. VIII, S. 188ff.; I. Deutscher, The Prophet Unarmed, S. 293–310. Vgl. ferner: J. Ermanski, Theorie und Praxis der Rationalisierung, Berlin 1928.

[86] EL I, Nr. 15/16, 17/18, 20, 21/22, II, Nr. 1, 2, 7/8; Reichstagsverhandlungen, Bd. 391, Sp. 8636–39; vgl. Schapiro, Autocracy, S. 327f.

[87] Vgl. Sinowjew (Der neue Kurs, S. 33f.) über den 3. Komintern-Kongreß von 1921, „der uns die Taktik gegeben hat, als wir gesehen haben, daß wir die Minderheit sind. ... Wenn man in diesem Moment die Taktik des dritten Weltkongresses kompromittieren will, so heißt das, daß man der Internationale das Genick brechen will ... Die Jahre 1925–1930 sind absolut entscheidend für das Schicksal der sozialist. Republik in Rußland ... Das ist der Schlüssel zur Lage ..." (gegen Maslow und Fischer).

[88] Inprekorr, 4, S. 1165f. (A. Rosenberg, 29. 11. 1924).

der ohne die sowjetrussische Unterstützung der „stalinistischen" Thälmann-Führung und bei größerer Geschlossenheit der oppositionellen Kräfte nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen wäre, ist es den „Stalinisten" in den Jahren 1925–1928 gelungen, den Charakter der Partei zu ändern. Am Ende des Bolschewisierungsprozesses war die KPD nicht mehr jene radikale deutsche Arbeiterpartei, als die sie an der Jahreswende 1918/19 gegründet worden war.

Sowohl die „Ultralinken" als auch die „Rechten", die 1928/29 als letzte „Fraktion" in der KPD gegen diese Entwicklung opponierten, stützten sich in ihrem Kampf gegen den „Stalinismus" auf Rosa Luxemburg[89] und Karl Liebknecht. Allerdings hatten viele Thesen der „ultralinken" Gruppen nichts mit dem sogenannten „Luxemburgismus" zu tun, sondern trugen vielmehr einen „KAPistischen", anarchistischen oder syndikalistischen Charakter. Daß Rosa Luxemburgs Theorien in manchen Punkten denen Lenins widersprachen und sie unter Umständen die Basis für eine selbständigere Politik sein konnten, ist vor allem die Ursache für die heftigen Angriffe Stalins[90] und seiner Parteigänger gegen Luxemburgs „Zentrismus" gewesen, die 1931/32 ihren Höhepunkt erreichten.

Die Opposition von links war in der Komintern – und in der KPD – zwar das Werk einer aktiven Minderheit unter den Kommunisten, hat jedoch in der Mitte der 20er Jahre Sympathien bei einer größeren Anzahl von Parteimitgliedern besessen und zeitweilig, nach kommunistischen Angaben nicht zuletzt wegen der großen Arbeitslosigkeit, eine „ernste Gefahr" für die Parteiführung dargestellt[91]. Die Änderung der Zusammensetzung der Mitgliedschaft von KPD und KPdSU[92] ist neben der taktisch und vor allem organisatorisch geschickten und gleichzeitig skrupellosen Politik der „Stalinisten" und der Schwächung der oppositionellen Kräfte durch ihre eigene – typisch sektenhafte – Zersplitterung sicherlich eine wichtige Ursache für die Niederlage der linken Opposition gewesen. Dazu beigetragen hat aber auch die wirtschaftliche und politische Beruhigung in Europa in der Periode der „relativen Stabilisierung" (mit ihrem Höhepunkt 1927/28) zwischen den Jahren der Nachkriegskrise (bis 1923) und dem Beginn der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929. Auf ihrem Parteitag in Essen im März 1927 hatte die KPD-Führung bereits ihren endgültigen Sieg über die Linksopposition kon-

---

[89] Vgl. bes.: Luxemburg in: Die Neue Zeit 22/II (1903/04), S. 484–492, 529–535; dies. Die russische Revolution, 1. Aufl. Berlin 1922; Lenin, Werke, Bd. VII, Berlin 1956, S. 480–491.

[90] Stalin, Werke, Bd. XIII, S. 76–91, 116 f.; dagegen L. Trotsky, Ecrits 1928–1940, Bd. I, Paris 1955, S. 321–331.

[91] Protokoll, 6. EKKI-Plenum, S. 184 f. (Rosenberg); Protokoll, 5. EKKI-Plenum, S. 322 (Neumann); Internationale 8, S. 527, Jg. 9, S. 227 ff., 485, 565 f.; Inprekorr 5, S. 1060, 1413 (Manuilski), Jg. 6, S. 82 ff., 417 ff. (Stalin). Vgl. Anm. 57.

[92] 1922 zählte die KPdSU 325 000 Mitgl. (die KPD 226 000), das Lenin-Aufgebot im Frühjahr 1924 erhöhte innerhalb weniger Wochen die Mitgliedszahl von 472 000 auf 670–680 000. Am 1. 11. 1925 hatte die KPdSU bereits 1,025 Mill. Mitgl., von denen etwas mehr als die Hälfte Arbeiter, knapp ein Viertel Bauern waren. – Über die Fluktuation in der KPD vgl. Das Ende der Parteien, S. 660 ff. (Bahne).

POLITIKON

THEORETISCHE ZEITSCHRIFT DES DES ANARCHISMUS UND RÄTEKOMMUNISMUS

„Der Sozialismus ist in seinem Ziel und auf seinem ganzen Wege ein Kampf für die Verwirklichung der Freiheit." Karl Ko

Lieferbar:

Nr. 34 / Dez. 70: Klöckner-Arbeiter über ihren Kampf – Spontane Streiks und Gewerkschaftsbürokratie – Spontane Streiks und Arbeiterbewußtsein

Nr. 33 / Nov. 70: Serge Mallet: Nach dem Mai 68. Streiks für Arbeiterkontrolle – Studentenunruhen im Urteil der Arbeiter – Karl Korsch: Von der bürgerlichen Arbeiterpolitik zum proletarischen Klassenkampf – Radovan Richta: Die Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Produktionsverhältnisse

Nr. 31 / Mai 70: Gegen die voluntaristischen Ochsenfrösche. Zu den theoretischen Voraussetzungen der neo-leninistischen Fraktion in der Linken – Zur Organisation der Betriebsarbeit – Richta-Report II

Nr. 30 / Feb. 70: Von der antiautoritären Bewegung zur antiautoritären Organisation. Kritik des Kursbuch 19 – Lenin heute: Kein Schritt vorwärts – zwei Schritte zurück – Heißer Herbst in Italien – Andre Gorz: Weder Bolschewik noch Gewerkschaftler

Jedes Heft: 0,50 DM Jahresbezugspreis: 3,50 DM

POLITIKON

Zu beziehen durch die Redaktion: 34 Göttingen, Leonard-Nelson-Str. 2b

DER AUFSTAND DER KRONSTÄDTER MATROSEN

dokumentation über die endgültige niederschlagung der frei gewählten räte durch den bolschewismus.

44 Seiten 1,5o DM

WAS IST KLASSEN-BEWUSSTSEIN

W. REICH

AG 408 1.-

2 "Was ist Klassenbewußtsein" gehört zu den genauesten und bewußtesten Analysen der politischen und psychologischen Ursachen, die für das Versagen der Arbeiterbewegung in den 20er Jahren verantwortlich waren.

BÜCHER-BÖRSE BERGSTRASSE

23 Kiel, Bergstraße 11-13 · Ruf 4 96 24

DIE BÜCHER KISTE

U. DIECKMANN
85 NÜRNBERG JAKOBSTR. 26
TELEFON 222423

UNSER LADEN

Bücherliste anfordern – vorbeikommen

65 Mainz – Weihergarten 6

Politischer Buchladen
59 Siegen
Koblenzerstr. 108
polit plakate
psychologie
ökonomie
usw

statieren können[93]. Die im Winter 1927/28 eingeleitete „ultralinke" Taktik der – nunmehr „stalinistischen" – Komintern, die fast alle Forderungen der „ultralinken" und „linken" Opposition übernahm, sowie die als Folge der „Bolschewisierung" eingetretene Änderung der Parteistruktur haben dann das Wiederaufleben einer schlagkräftigen, die Parteiführung bedrohenden Linksopposition in den Jahren der großen Wirtschaftskrise verhindert. Trotz ihrer Niederlage aber ist die Kenntnis der Bestrebungen und der Kritik dieser Oppositionsgruppen an dem in diesen Jahren entstehenden nachrevolutionären Kommunismus wichtig, nicht zuletzt deshalb, weil auch die Beschäftigung mit der unterlegenen „anderen Seite" notwendig ist, wollen wir ein objektives historisches Bild der Entwicklung des deutschen und europäischen Kommunismus gewinnen.

---

[93] Vgl. Degras a.a.O., S. 352 ff. (Resolution d. EKKI-Präsidiums, 7. 1. 1927); Thesen und Resolutionen des 11. Parteitags der KPD, Essen 2.–7. 3. 1927, Berlin 1927, S. 33 f., 37–41; hier wurden 3 linke Gruppierungen unterschieden: 1. die Gruppen um Katz, Schwarz und Korsch, die als „offen konterrevolutionär" und deshalb relativ ungefährlich bezeichnet wurden, 2. die Gruppe um Maslow-Fischer-Urbahns als „prinzipienloseste und darum gefährlichste aller ‚linken' Gruppen", 3. die Gruppe Weber-Kötter, die noch die Parteidisziplin anerkannte.

Siegfridd Bahne
in:
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1961 S359ff.